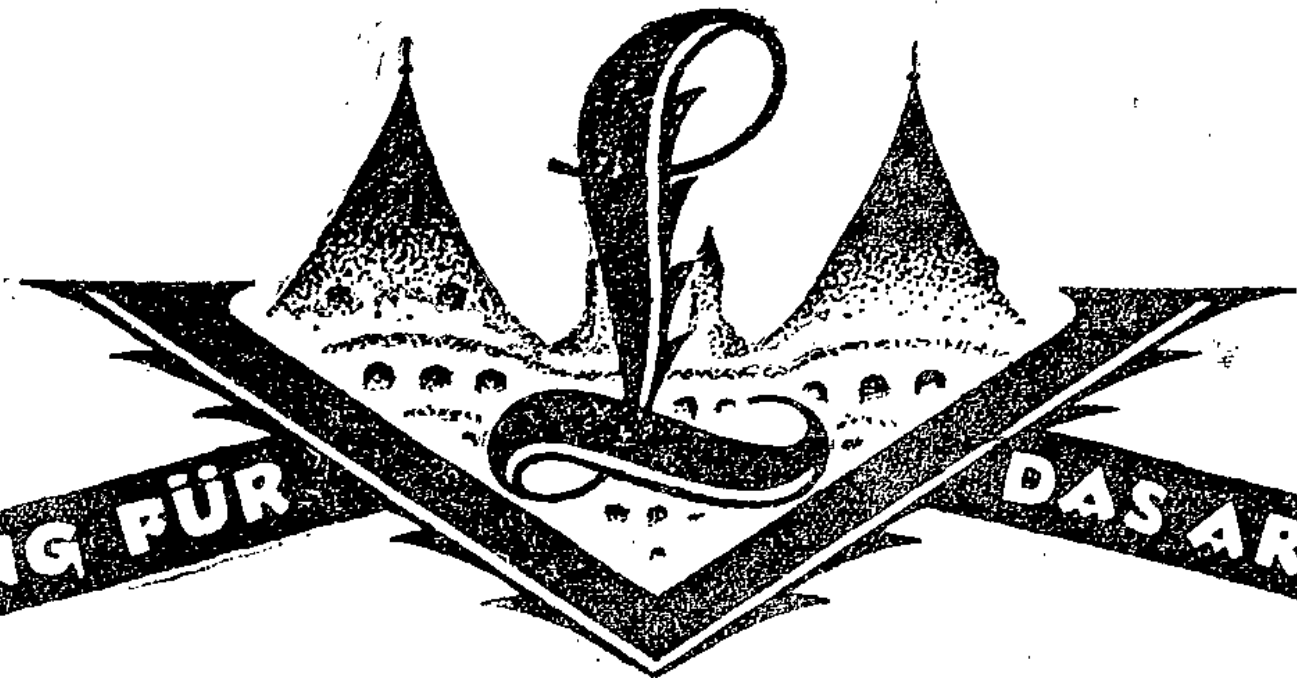


Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 2,40 Mk., Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeitspaltel oder deren Raum 7,50 Mk., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 6,50 Mk., Reklamen 36,00 Mk., Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 166.

Mittwoch, den 19. Juli 1922.

29. Jahrgang.

Das Gesetz zum Schutz der Republik endgültig beschlossen.

Mit 303 gegen 102 Stimmen. — Provokationen der Mörderpartei in letzter Stunde.

S. P. D. Berlin, 18. Juli.

Der Reichstag nahm am Dienstag nachmittag in namentlicher Abstimmung das Gesetz zum Schutz der Republik mit Zweidrittelmehrheit an. Abgegeben wurden 409 Stimmen, mit 303 stimmten 303, mit Nein 102 Abgeordnete, vier Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Der auf Antrag der Deutschen Volkspartei in der zweiten Lesung eingefügte Strafparagraf für gewalttätige Sprengung von Versammlungen, Aufzügen oder Kundgebungen wurde gestrichen.

Anschließend wird das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik in namentlicher Abstimmung ebenfalls mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen. Es stimmten für das Gesetz 278 Abgeordnete, dagegen 137, einer enthielt sich der Stimme.

Ebenfalls wurde das Gesetz über die Errichtung eines Reichspolizeiamtes (Reichskriminalpolizei) mit großer Mehrheit angenommen; desgleichen fand das Amnestiegesetz mit großer Mehrheit Annahme.

(Wir werden sämtliche Gesetzentwürfe zum Schutze der Republik in bestimmten Abständen, sobald sie in der endgültigen Fassung vorliegen, den Lesern zur Kenntnis bringen.)

*

S. P. D. Berlin, 18. Juli.

Wenn es die Absicht war, die letzte mit viel Arbeitsstoff belastete Sitzung des Reichstages sachlich ablaufen zu lassen, so wurde dieses durch die neueste Herausforderung der Deutschnationalen verhindert. Bis in die Reihen der Deutschen Volkspartei hinein empfand man die Redeweise des deutschnationalen Abgeordneten Bazille als eine schwere und gewollte Brüstung der Mehrheit für die republikanischen Schutzgesetze. Als sich dieser württembergische Monarchist erdreiste, von der „sogenannten Republik“ zu sprechen, ging ein Sturm der Entrüstung bis weit in die Mitte des Hauses. Die beiden sozialdemokratischen Parteien, die Demokraten und auch ein Teil des Zentrums verließen den Saal, weil sie diesem Provokateur nicht länger ein Gehör verschaffen wollten. Welches Recht gerade Herr Bazille hat, als antisemitischer und nationalistischer Moralprediger im Reichstag aufzutreten, bewies ihm unser Genosse Keil, jetzt württembergischer Arbeitsminister. Unter dauernder großer Erregung des Hauses hielt er mit dem deutschnationalen Sprecher eine vernichtende persönliche Abrechnung. Man erfährt, daß Bazille, der während des Krieges Präsident der Zivilverwaltung in der belgischen Provinz Limburg gewesen ist, widerrechtlich sein Gehalt als Reichsbeamter in Belgien und auch sein Gehalt in Württemberg liquidiert hat, obwohl er zu der gleichen Zeit infolge seines Mandats von seiner amtlichen Tätigkeit beurlaubt war, daß er, ohne die Eisenbahn benutzt zu haben, im Jahre 1916 eine Fahrkarte zweiter Klasse sich bezahlen ließ, und ähnliche kleine Betrügereien vollendeten das Charakterbild, das Keil von dem deutschnationalen Volksvertreter entwarf. Bazille konnte die Angriffe des Genossen Keil nicht bestreiten, aber er konnte sich darauf berufen, daß seine Behörde nachträglich diese Dinge genehmigt habe. Er habe ein Disziplinarverfahren gegen sich beantragt. Die das Auftreten dieses Deutschnationalen auch die bürgerlichen Parteien herausgefordert hatte, bewies der scharfe Einspruch, den der alte Fehrenbach gegen diese Art politischer Reden erhob und auch Stresemann verwahrte sich scharf gegen die Herabwürdigung des Parlaments durch den Sprecher der Deutschnationalen. Herr Stresemann hatte schon vorher durch einen Zuruf der deutschnationalen Fraktion empfohlen, sich den Vorstehenden ihrer Partei in Ulm einmal vorzunehmen, der erklärt habe, es werde nicht besser, bis Stresemann an einer Laterne baumelt. Die Rede Stresemanns war im übrigen ein erneutes und etwas verstärktes Bekenntnis zum Vernunft-Republikanismus. — Es folgte dann ein längeres Wortgefecht zwischen dem Kommunisten Koenen und dem Unabhängigen Henke, der den Kommunisten sagte, keine Partei habe jemals Todsünden gegen die Arbeiterklasse auf „geladen, wie die kommunistische. Das Gesetz zum Schutz der Republik wurde in namentlicher Abstimmung mit 303 gegen 102 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Die Zweidrittelmehrheit war also vorhanden. Die Vorlage ist endgültig Gesetz. Auch das Amnestiegesetz und das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik, ferner das Reichspolizeigesetz wurden in dritter Lesung verabschiedet. Gegen Abend gab es infolge eines geschäftsordnungsmäßigen Mißverständnisses einen lebhaften Zusammenstoß, der vorübergehend zur Vertagung des Hauses führte. Es ist uns bekanntlich gelungen, den Paragrafen, der die gewalttätige Störung von Versammlungen und Aufzügen unter schwere Strafe stellt, aus dem Gesetz herauszubringen. Das war nur zu erreichen gegen das Zuge-

ständnis, daß die bürgerlichen Parteien einen Antrag zu einer Verschärfung des Strafgesetzbuches mit diesem Ziel noch auf die heutige Tagesordnung bringen konnte. Der Antrag sollte dann gegen unsere Stimmen dem Rechtsausschuß überwiesen werden. Infolge eines Verfehlers stimmte unsere Partei, entgegen der Verabredung, gegen den Vorschlag, den Antrag noch heute auf die Tagesordnung zu bringen. Die bürgerlichen Parteien erhoben heftige Vorwürfe, sie seien von unserer Fraktion hintergangen worden. Bald aber klärte sich das Mißverständnis. Der Antrag wurde verhandelt, was selbstverständlich heute oder morgen nicht zu verhindern gewesen wäre. Wir bleiben aber Gegner dieser Bestimmung und werden im Rechtsausschuß nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages versuchen müssen, diesen Antrag, der, wenn er Gesetz wird, eine Gefahr für viele unbemittelte Leute werden muß, zu Fall zu bringen.

Die oft von Stürmen der Erregung durchgitterte Situation fand dann noch einen würdigen Abschluß in einer Ehrung für einen Mann, der diese wohl verdiente. Abgeordneter Stresemann erhob sich und dankte dem Präsidenten Loh für die Art seiner Geschäftsführung. Immer sei der Präsident ein Hüter der Würde des Parlaments, auch bei stürmischen Auftritten, gewesen. Immer habe durch seine Reden die Stimme des ganzen deutschen Volkes geklungen, wenn er in deutschen Schicksalsstunden zum Deutschen Reichstag gesprochen habe. — Stehend hörte das Haus diese Ausdrücke des sozialdemokratischen Präsidenten an. Das Parlament wurde vertagt auf den 17. Oktober, jedoch hat der Präsident die Ermächtigung, den Reichstag vorher zu versammeln, falls die politische Lage dies nötig macht.

*

Reichstag.

254. Sitzung.

Dienstag, 18. Juli, vorm. 10 Uhr.

Auf der umfangreichen Tagesordnung steht zunächst der Antrag der Koalitionsparteien auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorwürfe, die gegen die Reichswehr erhoben worden sind, sowie gegen die Art und Weise, wie diese Vorwürfe von dem Reichswehrminister erledigt wurden. Eine Debatte entwickelt sich nicht. Die Abstimmung wird zurückgestellt.

In allen drei Lesungen wird ohne Erörterung ein von allen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, entgegenschickter Gesetzentwurf erledigt, der die Reichsregierung ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichsrat während der Parlamentspause, die am und nach dem 31. Oktober ablaufenden Fristen des Ermächtigungsgesetzes zur Verlängerung der Geltungsdauer der Demobilisierungsverordnungen einen Monat nach Zusammentritt des Reichstages zu verlängern.

Ohne Aussprache wurde dann in allen drei Lesungen eine Reihe von kleinen Vorlagen und das Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse ohne Erörterung angenommen.

Bei der dann folgenden

3. Beratung des Gesetzes zum Schutze der Republik

mendet sich Bazille (DVP.) erneut gegen das Gesetz. Der Reichstagsler habe mit seiner Kampfsprache gegen rechts in einer Minute mehr gesagt, als er in seinem ganzen Leben verantworten könne. (Gelächter links.) Alle unheilvollen Folgen fallen auf das Wort des Reichstagslers zurück. (Unruhe und Rufe bei den Sos.: Das war eine Bedrohung des Reichstagslers!) Das Gesetz widerspricht allen Grundgesetzen der Demokratie und macht jede Versöhnung unmöglich. In diesem sogenannten Gesetz zum Schutze der sogenannten deutschen Republik... (Stürmische Entrüstungsgeschreie der Linken. — Der Präsident erwidert den Redner, die Stimmung im Hause nicht unruhig zu verschärfen. — Weitere Bemerkungen des Redners, die gegen die Republik gerichtet sind, veranlassen den Abgeordneten Keil (SD.) zum lauten Rufen: „Wo waren Sie 1914?“ — In dem allgemeinen Lärm bleiben die weiteren Ausführungen des Abgeordneten Bazille unverständlich.) Der Redner fährt fort, seine Partei sei für die deutschnationale Bewegung nur soweit verantwortlich, wie sie sich im Rahmen der deutschnationalen Partei bewege. Die deutschnationale Bewegung sei die notwendige Reaktion gegen den Internationalismus. In diesem deutschen großpolitischen Gedanken würde seine Partei festhalten. Der Redner versucht dann weiter stürmischer Heftigkeit der gesamten Linken und unter Kopfschütteln des Abgeordneten Stresemann aus dem alten Testament zu beweisen, daß die Juden den politischen Mord verherrlichen hätten, wie der Fall Judith — Holophernes beweise. Im weiteren Verlauf seiner Obstruktion greift der Redner unter stürmischem Widerspruch der Abgeordneten und großer Erregung des ganzen Hauses die Regierung und den Reichstagsler heftig an. Der Präsident Loh hat große Mühe, die Abgeordneten der Linken zu beschwichtigen und muß verschiedentlich Ordnungsrufe ausstößen. Unter fortgesetztem Lärm schließt der Redner:

Wir bleiben, was wir waren: Die Vorkämpfer des deutschen Volkes. (Lebhafter Beifall rechts, Pfeifen links.)

Keil (SD.): Die Rede des Vortredners veranlaßt mich zu einigen Bemerkungen, vor allen Dingen, weil er sich dazu berufen fühlt, sich als Repräsentant für Ordnung, Sitte und Moral aufzuführen. Ich mache ihm nicht zum Vorwurf, daß er französischer Abstammung ist und daß er sich regelmäßig als württembergischer Beamter einen Jahresurlaub zu Neßwearden nach Frankreich hat geben lassen, daß er sich mit Hilfe der deutschen Botschaft in Paris die Zulassung zur Universität Grenoble hat geben lassen. Als Herr Bazille ins politische Leben eintrat, war er jungliberal, einige Zeit später nationalliberal und nach der Revolution hat er es vorgezogen, ins deutschnationale Lager zu wechseln. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Mit Rücksicht auf seine französischen Sprachkenntnisse ist er im Oktober 1914 zum Präsidenten der deutschen Zivilverwaltung der Provinz Limburg ernannt worden. Als solcher hat er seine ordnungsmäßigen Bezüge weiter bezogen, und zwar während des ganzen Krieges eine Tageszulage von 40 Mk. (Hört, hört! links.) Für die Entgegennahme dieser Bezüge ist ihm im August 1916 das Eisenerz Kreuz zweiter Klasse verliehen worden. (Stürmische Heiterkeit links.) Im Februar 1917 ist er mit dem württembergischen Wilhelmstreng dekoriert worden. (Heiterkeit links.) Der Abgeordnete Hellfischer verläßt den Sitzungssaal unter stürmischen Zurufen der Linken. Im Dezember 1918 ist er nach Württemberg zurückgekehrt, wobei ihm attestiert wurde, daß er sich tapfer — vorjagt habe mit Lebensmitteln, die für die deutschen Truppen bestimmt waren. (Pfeife links und in der Mitte. Zurufe: „Stappenschwein!“) Im 1. Februar hat er sich wieder für den württembergischen Staatsdienst gemeldet und gebeten, ihm von da ab sein Gehalt weiter auszubehalten, was auch geschah. Inzwischen war er Abgeordneter geworden und antwortete bei einem Ersuchen um Rildauerung, daß er sich, am 1. Februar dem Ministerium zur Verfügung gestellt habe, es aber angenehm empfänden würde, wenn er eine Kanzlei bekäme, um in seiner Tätigkeit als Abgeordneter nicht zu sehr behindert zu sein. (Lebhaftes Hört, hört!) Nach 10 Monaten stellte sich durch Zufall heraus, daß der Abgeordnete Bazille, ohne Dienst zu tun, neben den württembergischen Bezügen seine Bezüge bei der Zivilverwaltung Belgiens ohne Wissen seiner vorgelegten Behörde sich hat weiterzahlen lassen. (Stürmisches Hört, hört! und Pfeiferei bei den Kommunisten.) Auf eine Anfrage bei der Zivilverwaltung wurde erklärt, daß Bazille bis zum 28. Februar 1919 keine heimatischen Bezüge empfangen hätte. Derselben Bezüge hat er also am 1. Februar vor der württembergischen Staatskasse in Anspruch genommen. (Lebhaftes Hört, hört! bei der Mehrheit.) Ich habe dem Herrn Abgeordneten Bazille bei seinen Angriffen auf die Republik und den Herrn Reichstagsler mit voller Ueberlegung zugerufen: „Sie sind ein Betrüger!“ und diesen Ausbruch halte ich antrecht. (Lebhafter Beifall auf der Linken. Präsident Loh rügt den Ausbruch.) Das württembergische Arbeitsministerium erwiderte im Februar die Zivilverwaltung um Aufklärung. Monatslang keine Antwort. Und schließlich nach einem Mahnschreiben die Mitteilung, das Schreiben sei unauffindbar. Nach einem erneuten Schreiben und Mahnung wieder keine Antwort, und nach 10 Monaten die Erwidern, die Angelegenheit sei dem Reichsrat des Innern überwiehen. Die Entscheidung werde dort gefällt werden. (Zuruf des Abgeordneten Hellfischer: „Das war wohl Herr Minister Koch?“ Minister Koch antwortet: „Nein, das war ich nicht.“) Derjenige, der alle diese Dinge entschieden hat, war der Staatssekretär Lewald. (Lebhaftes Hört, hört!) 1920 kam endlich die Entscheidung, daß der Reichsminister des Innern nachträglich damit einverstanden war, daß die von dem Oberamtmann Bazille überhöhen Bezüge als einmalige Entschädigung für seine der Zivilverwaltung nach dem Ausscheiden geleisteten Dienste angerechnet sei. (Lachen und stürmische Zurufe links.) Von dieser Arbeit hätte Herr Bazille seiner vorgelegten Behörde Mitteilung machen müssen. Im übrigen ist aber in der Reichsstatistik — die auch nicht zu finden sind — vermerkt, daß Herr Bazille solche Dienste nach seinem Ausscheiden nicht geleistet hat. (Lebhaftes Hört, hört!) Charakteristisch für die Moral des Herrn Bazille ist noch folgendes: Im Juni 1914 nahm er in seiner Eigenschaft als Beamter an einer Sitzung eines Fachkongresses teil und fuhr dorthin mit dem Auto eines Teilnehmer. Trotzdem reichte er eine Rechnung über jahreslangen zweiter Klasse ein. (Stürmisches Hört, hört! bei der Mehrheit.) Da sich Herr Bazille hier als Moralheld aufgespielt hat, war es nötig, ihm diesen Spiegel vorzuhalten. (Händeklatschen links und in der Mitte.)

Fehrenbach (Z.): Was der erste Redner hier geleistet hat, erfordert auch von meiner Partei eine energische Zurückweisung. (Zustimmung.) Die Situation im Deutschen Reich ist derzeit ernst, daß sich auch die schärfste Opposition verpflichtet fühlen sollte, in Tönen zu reden, die sich wenigstens einigermaßen mit dem Anstand vertragen. In den weitesten Kreisen hatte Verständnis für den Ernst der Situation Platz gegriffen. Wir dachten, die Gesetze zum Schutze der Republik in ruhiger Weise erledigen zu können. Aber das, was wir jetzt gehört haben, dieses Gift ist nicht herortgekommen im Moment der Uebereilung. (Stürmisches Hört, hört! links und in der Mitte.) Es ist präpariert in sorgfältiger Arbeit, um es hier zu verpflanzen.

Emminger (DVP): Den Gesetzentwurf über die Berechtigung von Wählern zur Durchführung der Maßnahmen zum Schutz der Republik nehmen wir an. Das Innenministerium lehnt sich an. Das Innenministerium lehnt sich an. Das Innenministerium lehnt sich an.

Stresemann (DVP): Die Rede des Abgeordneten Emminger hat gezeigt, daß er und seine Freunde die Herren nicht verloren haben. Um so bedauerlicher ist es daher, daß der Abgeordnete Bazille sich eine Rede gehalten hat. Weich ein Abstand zwischen Herrn Lühring und ihm.

Stresemann (DVP): Die Rede des Abgeordneten Emminger hat gezeigt, daß er und seine Freunde die Herren nicht verloren haben. Um so bedauerlicher ist es daher, daß der Abgeordnete Bazille sich eine Rede gehalten hat. Weich ein Abstand zwischen Herrn Lühring und ihm.

Stresemann (DVP): Die Rede des Abgeordneten Emminger hat gezeigt, daß er und seine Freunde die Herren nicht verloren haben. Um so bedauerlicher ist es daher, daß der Abgeordnete Bazille sich eine Rede gehalten hat. Weich ein Abstand zwischen Herrn Lühring und ihm.

Stresemann (DVP): Die Rede des Abgeordneten Emminger hat gezeigt, daß er und seine Freunde die Herren nicht verloren haben. Um so bedauerlicher ist es daher, daß der Abgeordnete Bazille sich eine Rede gehalten hat. Weich ein Abstand zwischen Herrn Lühring und ihm.

Stresemann (DVP): Die Rede des Abgeordneten Emminger hat gezeigt, daß er und seine Freunde die Herren nicht verloren haben. Um so bedauerlicher ist es daher, daß der Abgeordnete Bazille sich eine Rede gehalten hat. Weich ein Abstand zwischen Herrn Lühring und ihm.

Stresemann (DVP): Die Rede des Abgeordneten Emminger hat gezeigt, daß er und seine Freunde die Herren nicht verloren haben. Um so bedauerlicher ist es daher, daß der Abgeordnete Bazille sich eine Rede gehalten hat. Weich ein Abstand zwischen Herrn Lühring und ihm.

Stresemann (DVP): Die Rede des Abgeordneten Emminger hat gezeigt, daß er und seine Freunde die Herren nicht verloren haben. Um so bedauerlicher ist es daher, daß der Abgeordnete Bazille sich eine Rede gehalten hat. Weich ein Abstand zwischen Herrn Lühring und ihm.

Stresemann (DVP): Die Rede des Abgeordneten Emminger hat gezeigt, daß er und seine Freunde die Herren nicht verloren haben. Um so bedauerlicher ist es daher, daß der Abgeordnete Bazille sich eine Rede gehalten hat. Weich ein Abstand zwischen Herrn Lühring und ihm.

Stresemann (DVP): Die Rede des Abgeordneten Emminger hat gezeigt, daß er und seine Freunde die Herren nicht verloren haben. Um so bedauerlicher ist es daher, daß der Abgeordnete Bazille sich eine Rede gehalten hat. Weich ein Abstand zwischen Herrn Lühring und ihm.

Stresemann (DVP): Die Rede des Abgeordneten Emminger hat gezeigt, daß er und seine Freunde die Herren nicht verloren haben. Um so bedauerlicher ist es daher, daß der Abgeordnete Bazille sich eine Rede gehalten hat. Weich ein Abstand zwischen Herrn Lühring und ihm.

Stresemann (DVP): Die Rede des Abgeordneten Emminger hat gezeigt, daß er und seine Freunde die Herren nicht verloren haben. Um so bedauerlicher ist es daher, daß der Abgeordnete Bazille sich eine Rede gehalten hat. Weich ein Abstand zwischen Herrn Lühring und ihm.

Stresemann (DVP): Die Rede des Abgeordneten Emminger hat gezeigt, daß er und seine Freunde die Herren nicht verloren haben. Um so bedauerlicher ist es daher, daß der Abgeordnete Bazille sich eine Rede gehalten hat. Weich ein Abstand zwischen Herrn Lühring und ihm.

Stresemann (DVP): Die Rede des Abgeordneten Emminger hat gezeigt, daß er und seine Freunde die Herren nicht verloren haben. Um so bedauerlicher ist es daher, daß der Abgeordnete Bazille sich eine Rede gehalten hat. Weich ein Abstand zwischen Herrn Lühring und ihm.

Stresemann (DVP): Die Rede des Abgeordneten Emminger hat gezeigt, daß er und seine Freunde die Herren nicht verloren haben. Um so bedauerlicher ist es daher, daß der Abgeordnete Bazille sich eine Rede gehalten hat. Weich ein Abstand zwischen Herrn Lühring und ihm.

Stresemann (DVP): Die Rede des Abgeordneten Emminger hat gezeigt, daß er und seine Freunde die Herren nicht verloren haben. Um so bedauerlicher ist es daher, daß der Abgeordnete Bazille sich eine Rede gehalten hat. Weich ein Abstand zwischen Herrn Lühring und ihm.

fönnen, daß der Senat die Verordnung des Reichspräsidenten nicht hinreichend gegen Vereine, wie den „Stahlhelm“, den Schutz und Trutzbund und gegen Waffenfunde angewendet hat. Der bremische Senat ist reaktionär und betreibt eine reaktionäre Politik.

Bremischer Gesandter Dr. Hebelthau erklärt, daß die Verfassung in Bremen nach jeder Richtung hin geschützt wird. (Lärm links, Abgeordneter Höllein ruft: „Rechtsverbrecher!“ und wird zur Ordnung gerufen.)

Dr. Stresemann (DVP): Einer alten Tradition entsprechend, möchte ich im Namen aller Mitglieder des Hauses dem Herrn Reichspräsidenten den Dank aussprechen für die Leitung der Verhandlungen. (Allgemeiner Beifall. Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.)

Dr. Stresemann (DVP): Einer alten Tradition entsprechend, möchte ich im Namen aller Mitglieder des Hauses dem Herrn Reichspräsidenten den Dank aussprechen für die Leitung der Verhandlungen. (Allgemeiner Beifall. Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.)

Dr. Stresemann (DVP): Einer alten Tradition entsprechend, möchte ich im Namen aller Mitglieder des Hauses dem Herrn Reichspräsidenten den Dank aussprechen für die Leitung der Verhandlungen. (Allgemeiner Beifall. Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.)

Dr. Stresemann (DVP): Einer alten Tradition entsprechend, möchte ich im Namen aller Mitglieder des Hauses dem Herrn Reichspräsidenten den Dank aussprechen für die Leitung der Verhandlungen. (Allgemeiner Beifall. Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.)

Dr. Stresemann (DVP): Einer alten Tradition entsprechend, möchte ich im Namen aller Mitglieder des Hauses dem Herrn Reichspräsidenten den Dank aussprechen für die Leitung der Verhandlungen. (Allgemeiner Beifall. Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.)

Dr. Stresemann (DVP): Einer alten Tradition entsprechend, möchte ich im Namen aller Mitglieder des Hauses dem Herrn Reichspräsidenten den Dank aussprechen für die Leitung der Verhandlungen. (Allgemeiner Beifall. Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.)

Dr. Stresemann (DVP): Einer alten Tradition entsprechend, möchte ich im Namen aller Mitglieder des Hauses dem Herrn Reichspräsidenten den Dank aussprechen für die Leitung der Verhandlungen. (Allgemeiner Beifall. Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.)

Dr. Stresemann (DVP): Einer alten Tradition entsprechend, möchte ich im Namen aller Mitglieder des Hauses dem Herrn Reichspräsidenten den Dank aussprechen für die Leitung der Verhandlungen. (Allgemeiner Beifall. Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.)

Dr. Stresemann (DVP): Einer alten Tradition entsprechend, möchte ich im Namen aller Mitglieder des Hauses dem Herrn Reichspräsidenten den Dank aussprechen für die Leitung der Verhandlungen. (Allgemeiner Beifall. Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.)

Dr. Stresemann (DVP): Einer alten Tradition entsprechend, möchte ich im Namen aller Mitglieder des Hauses dem Herrn Reichspräsidenten den Dank aussprechen für die Leitung der Verhandlungen. (Allgemeiner Beifall. Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.)

Dr. Stresemann (DVP): Einer alten Tradition entsprechend, möchte ich im Namen aller Mitglieder des Hauses dem Herrn Reichspräsidenten den Dank aussprechen für die Leitung der Verhandlungen. (Allgemeiner Beifall. Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.)

Dr. Stresemann (DVP): Einer alten Tradition entsprechend, möchte ich im Namen aller Mitglieder des Hauses dem Herrn Reichspräsidenten den Dank aussprechen für die Leitung der Verhandlungen. (Allgemeiner Beifall. Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.)

Dr. Stresemann (DVP): Einer alten Tradition entsprechend, möchte ich im Namen aller Mitglieder des Hauses dem Herrn Reichspräsidenten den Dank aussprechen für die Leitung der Verhandlungen. (Allgemeiner Beifall. Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.)

Dr. Stresemann (DVP): Einer alten Tradition entsprechend, möchte ich im Namen aller Mitglieder des Hauses dem Herrn Reichspräsidenten den Dank aussprechen für die Leitung der Verhandlungen. (Allgemeiner Beifall. Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.)

Das Ende der Rathenau-Mörder.

Sie standen bis zuletzt unter konstitutionalem Schutz.

S. P. D. Die Rathenau-Mörder haben sich auf der Burg Saaleck durch Selbstmord das Leben genommen; sie waren zu feige, ihre Tat vor Gericht zu verantworten. Damit sind sie gerichtet — kein Wort mehr verlieren wir über diese feigen Gesellen.

Zur Vorgeschichte der Ermittlung des Aufenthaltsortes erfahren wir noch folgendes: Kern und Fischer hielten sich seit Ende der vergangenen Woche in der Burg Saaleck auf, die von einem Schriftsteller Dr. Stein gemietet war. Stein hat den einen Turm der Ruine erst vor kurzer Zeit als Wohnung einrichten lassen. Es besteht der dringende Verdacht, daß diese Einrichtung lediglich zur Unterbringung von Mördern und sonstiger politischer Verfolger vorgenommen wurde. Der Mörder selbst ist Parteiführer der konstitutionalen Partei und Vertrauensmann einer Köfener Studentengruppe, die auf Saaleck allwöchentlich ihre Zusammenkünfte abhielt. Stein selbst und Frau wurden auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in Neumburg am Dienstag vormittag 9 Uhr, als sie nach zweitägiger Abwesenheit zurückkehrten, verhaftet und dem Gefängnis nach Halle überführt. Es liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß Stein seine Abwesenheit zu einer Reise nach München benutzte, um dort weitere Vorbereitungen zum Abtransport der Täter aus dem mitteldeutschen Gebiet nach dem Süden zu treffen. Zwei verdächtige Personen, die ebenfalls rechtsradikalen Organisationen angehören, und sich in der Nähe der Burg Saaleck während der Aktion der Kriminalpolizei befanden, sind inzwischen verhaftet worden. Ueber die Beschäftigung des Aufenthaltsortes der Mörder übt die Staatsanwaltschaft bisher strengstes Stillschweigen, da die Polizei im Laufe der Nacht bezw. des Mittwachs noch weitere Verhaftungen von Mitwissern vorzunehmen wird, soweit sich während der Besichtigung neue Anhaltspunkte für eine Mitwisserchaft ergeben haben.

Kern und Fischer hatten keinerlei Papiere in ihrem Besitz. Gefunden wurden bei ihnen 3000 Mark, die beschlagnahmt worden sind. Ihren Tod führten sie durch einen Schuß in die Schläfe herbei.

Die Leichen der Mörder wurden am Dienstag nachmittag zu einem Friedhof in der Nähe der Burg Saaleck überführt. Die Beerdigung kann erst nach weiteren Verfügungen der Staatsanwaltschaft erfolgen.

Um Neuwahl Wahl des Reichspräsidenten.

W. B. Berlin, 18. Juli.

Der Reichspräsident hat wiederholt gebeten, eine Neuwahl des Reichspräsidenten vorzunehmen, sobald keine rechtlichen und tatsächlichen Hindernisse mehr im Wege stehen. Nachdem nunmehr der deutsch verbliebene Teil Oberschlesiens angetrennt und geräumt worden ist, hat der Reichspräsident den Reichskanzler erneut um Anberaumung der Wahl durch den Reichstag ersucht. Da nach dem Gesetz der Wahltag vom Reichstag festgesetzt wird, hat der Reichskanzler diese Frage mit den Parteiführern eingehend besprochen. Diese waren einmütig der Auffassung, daß es ungewöhnlich sei, den Wahltag noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages festzusetzen, daß dagegen der Reichstag darüber alsbald nach seinem Zusammentritt im Oktober Beschluß fassen soll. Danach wird die Wahl voraussichtlich im Dezember oder Januar stattfinden.

Reform des Ehescheidungsrechts!

S. P. D. Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstage einen Initiativantrag zur Reform der Ehescheidungs-Paragrafen des Bürgerlichen Gesetzbuches eingebracht. Sie beantragt, den § 1312 zu streichen, der folgenden Wortlaut hat:

„Eine Ehe darf nicht geschlossen werden zwischen einem wegen Ehebruchs geschiedenen Ehegatten und demjenigen, mit welchem der geschiedene Ehegatte den Ehebruch begangen hat, wenn dieser Ehebruch in dem Scheidungsurteil als Grund der Scheidung festgesetzt ist. — Von dieser Vorschrift kann Befreiung bewilligt werden.“

Für den § 1368 wird folgende Fassung vorgeschlagen: „Ein Ehegatte kann auf Scheidung klagen, wenn eine so tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses besteht, daß keine begründete Aussicht auf Herstellung der ehelichen Gemeinschaft vorhanden ist. Diese Voraussetzung liegt ohne weiteres vor, wenn beide Ehegatten auf Scheidung antragen.“

Der § 1635 soll folgende Fassung erhalten: „Ist die Ehe aus einem der in den §§ 1565 bis 1568 bestimmten Gründe geschieden, so steht, solange die geschiedenen Ehegatten leben, die Sorge für die Person des Kindes, wenn ein Ehegatte allein für schuldig erklärt ist, dem andern Ehegatten zu. Das Vormundschaftsgericht kann eine abweichende Anordnung treffen, wenn eine solche aus besonderen Gründen im Interesse des Kindes geboten ist oder eine Vereinbarung der Ehegatten über die Sorge der Person des Kindes getroffen ist.“ — Es kann die Anordnung aufgehoben, wenn sie nicht mehr erforderlich ist.

Sind beide Ehegatten oder keiner der Ehegatten für schuldig erklärt, so entscheidet das Vormundschaftsgericht für jedes Kind, welchem Ehegatten die Sorge für die Person des Kindes zusteht. Dabei sind Vereinbarungen der Ehegatten über die Sorge für die Person des Kindes zu berücksichtigen.“

Der Reichstag stimmte am Montag dem Vorschlag eines siebenköpfigen Ausschusses zu, an Stelle des verstorbenen Reichspräsidenten des Reichsgerichts, den ehemaligen Minister des Auswärtigen, Dr. Simons zu wählen.

Dr. Simons bejah während seiner Ministerstätigkeit weitgehendes Vertrauen innerhalb der Sozialdemokratie. — Die „Zeit“ äußerte sich bereits zu dem Vorschlag der Kandidatur Dr. Simons als Nachfolger Deiblichs: „Die Ernennung Dr. Simons wäre sehr zu begrüßen, da er als anerkannt tüchtiger Jurist mit ausgeprägtem Gerechtigkeitsgefühl zweifellos als einer der geeignetsten Kandidaten für den verwaisten Posten bezeichnet werden kann.“

Die Mörder Wilson zum Tode verurteilt. Die beiden Geländer Dumm und O'Sullivan wurden gestern wegen Ermordung des Feldmarschalls Wilson zum Tode verurteilt.

v. Kachne verhaftet. Herr v. Kachne, der Schlossherr von Begow, am Schwielowsee, ist verhaftet worden. Die Staatsanwaltschaft hat gegen ihn eine Verurteilung wegen Unterschlags an dem 16jährigen Obstküchlerjohn Otto Larje eingeleitet.

Die Moratoriumsbedingungen.

Berlin, 18. Juli.

Der Reichskanzler hat einen Brief vom Reichspräsidenten des Reichstages erhalten, worin, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, für die Gewährung des Moratoriums Schritte eingeleitet werden. Man erzählt sich von dem Inhalte folgendes: Ueberlassung von Pfändern in Gestalt von Industriekapital und Einführung einer sehr strengen Finanzkontrolle. Der Gedanke läßt sich nicht von der Hand weisen, daß die Franzosen bei den Industriepfändern in erster Linie die Montanaktien im Auge haben mögen und zwar diejenigen der Ruhrkohle und der rheinisch-westfälischen Industrie. Im Mittwoch wird der Auswärtige Ausschuss um 2 Uhr mittags eine Sitzung abhalten, in der Dr. Hermes Bericht erstatten wird.

Eine neue deutsche Note.

Berlin, 18. Juli.

So hat der Reparationskommission am 11. 7. in Paris vorgelegene Note über das Moratorium für die bis 1924 Reparationsleistungen war angekündigt, daß wegen der übrigen Reparationsleistungen aus dem Friedensvertrage, für deren Regelung die Reparationskommission, sondern die beteiligten alliierten Regierungen nicht zuständig sind, an die Regierungen eine weitere Note gerichtet werde. Diese Note wurde Ende der vorigen Woche in London, Paris, Rom und Brüssel übergeben. Dem Reichspräsidenten der Vereinigten Staaten und Japan in Berlin ist gleichzeitig eine Abschrift der Note übergeben worden. In der Note wird auf den an die Reparationskommission gerichteten Moratoriumsantrag Bezug genommen und für die Zeit bis Ende 1924 beantragt, daß die monatlichen Clearingraten, die § 31. 2 Millionen Pfund betragen, auf eine halbe Million herabgesetzt werden und daß ferner die Verzinsungen aus § 31 des Teils 10, insbesondere aus § 1076 des Versailler Vertrages in dieser Zeit nicht zu zahlen sind.

Korfanin polnischer Ministerpräsident.

Warschau, 17. Juli.

Nachdem Wladimir Worschilow verstorben war, wählten die Rechten und Linken des Seims zu dem neuen Ministerpräsidenten Korfanin. Korfanin ist ein bekannter polnischer Politiker, der in der polnischen Regierung eine wichtige Rolle spielt.

Der Vorschlag des Hauptauschusses wurde in der heutigen Plenarsitzung des Seims durch die Wahl Korfanins zum Ministerpräsidenten mit 219 Stimmen der Rechten gegen 206 Stimmen der geschilderten Opposition der Linken bestätigt.

Die Kammeranlage der Rechten an die Linke, die in der Wahl Korfanins zum Ministerpräsidenten liegt, hat die sozialistische Fraktion verurteilt. In einer Entschließung zu erklären, daß die Wahl Korfanins die parlamentarische Zusammenwirkung im Seime gegen die Rechten unerlässlich sei. Sie werde ihr Verhalten gegenüber dem Kandidaten für den Posten des Ministerpräsidenten und seinem Kabinett nach obigen Voraussetzungen einhalten.

Stimmend Außenminister?

Warschau, 19. Juli.

Dem gewählten Außenminister Stimmend wurde von Korfanin die Leitung des Ministeriums des Auswärtigen angetragen. Er hat seine Entscheidung noch nicht bekannt gegeben.

Streikmühen in Amerika.

New York, 19. Juli.

Streikende Grubenarbeiter, denen sich aufständische Eisenbahner angeschlossen hatten, haben einen Zug bei Coalinga im Staate Iowa zum Entgleiten gebracht; der Postzug nach der Strecke wurde in Coalinga (Georgia) von 500 bewaffneten Grubenarbeitern angegriffen. Hier der Openhop Richtigland Grube bei Coalinga in Westvirginien lösten die Streikenden dort den Streik und 12 Polizisten, während 12 andere Polizisten verwundet wurden. Daran traten sie die Grubenanlagen in Brand; ebenso zündeten sie das benachbarte Dorf Coalinga an, weil sich dort Arbeitermänner aufhielten. Die Streikenden haben auch eine Anzahl Armeemilitäre gefangen genommen.

Die Cholera in Ostpreußen.

Wladimir aus Ostpreußen wurden in den letzten Tagen 54 Fälle von choleraischer Cholera gemeldet, von denen 6 tödlich verliefen.

Stresemann (DVP): Die Rede des Abgeordneten Emminger hat gezeigt, daß er und seine Freunde die Herren nicht verloren haben. Um so bedauerlicher ist es daher, daß der Abgeordnete Bazille sich eine Rede gehalten hat. Weich ein Abstand zwischen Herrn Lühring und ihm.

Die Einheitsfront der Arbeiterschaft.

An unsere Mitglieder!

Zum Schutz der Republik hatten wir Euch aufgerufen, als der Mord an Rathenau die Größe und Nähe der monarchistischen Gefahr enthüllte.

Bereit seid Ihr gekommen und habt in gewaltigen Kundgebungen Eure Kampfentschllossenheit gezeigt.

Die Schaffung der Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist zur Tatsache geworden. Sie muß dauernd, geschlossen und stark werden bis zur unauf lösbaren Vereinigung des gesamten kämpfenden Proletariats.

Von diesem Geist der Solidarität, von diesem Willen zur Einigung erfüllt, haben Eure Organisationen gemeinsam gearbeitet, und werden sie den Kampf fortzuführen.

Die erste Phase ist jetzt vorüber. Unsere Forderungen zum Schutz der Republik haben Regierung und Reichstag beschützt. Vier Gesetze sind mit Zustimmung der sozialdemokratischen Parteien verabschiedet. Nicht alles, was wir wollten, ist erreicht. Noch besteht in dem Industriesektor Deutschland der Reichstag eine beträchtliche bürgerliche Mehrheit, und stark war ihr Sträuben gegen durchgreifende Maßnahmen. Nur der Geschlossenheit Eures Auftretens sind die Folgen zu verdanken und Wirkliches ist trotz allem erzielt worden. Das Gesetz zum Schutz der Republik bestraft die Zugehörigkeit zu geheimen Mordorganisationen mit dem Tode; schwere Strafe trifft Gewalttätigkeiten gegen die Republik und wehrt dem geschäftigen Kampf gegen ihre Einrichtungen und Symbole.

Ein Staatsgerichtshof ist gebildet, in dem kein Monarchist und Nationalist sitzt. Von diesem Gerichtshof darf das Volk erwarten, daß er ohne politische Voreingenommenheit Recht spricht.

Das Gesetz über die Reichskriminalpolizei bedeutet den Anfang einer Reichsexekutive und macht die Verfolgung auch der monarchistischen Verbrecher einigermaßen unabhängig von dem mangelnden oder dem bösen Willen einzelner Landesbehörden.

Das Beamtengesetz gestattet ein energisches Vorgehen gegen monarchistische und reaktionäre Betätigung der Beamten der deutschen Republik.

Das Unmündigengesetz gibt zahlreichen Arbeitern und Angestellten, die sich in den Sühlingen des Strafgesetzbuches verfangen haben, oder Opfer der Kriegsgerechtigkeit geworden sind, die Freiheit zurück.

Freilich, unsere Forderungen sind nicht restlos erfüllt. Schmerz bewegt uns, weil die politischen Gefangenen in Bayern der Freiheit auch jetzt nicht teilhaftig werden. Die bayerische Regierung verweigert ihre Freilassung aus Furcht vor dem monarchistischen Terror. Die bür-

gerlichen Parteien im Reichstag sind vor der bayerischen Regierung schamhaft zurückgewichen. Auch die Eisenbahner sind von der gesetzlichen Umnestierung ausgeschlossen. Eine Entscheidung des Reichstages und eine Erklärung der Regierung sichern ihnen weitgehende Milde zu.

Was an uns liegt, wird geschehen, um das Versprechen zur Erfüllung zu bringen. Trotz aller Mängel im einzelnen, bedeuten die Gesetze in ihrer Gesamtheit eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand. Die Republik kann jetzt wirklich gestützt werden, wenn die Regierung Mut, Energie, Entschlossenheit und Zähigkeit beweist. Die Gesetze sind da. Jetzt kommt alles auf die Ausführung an. Deshalb haben die sozialdemokratischen Parteien sich bereit erklärt, die Sicherheit der Durchführung der Gesetze gegen die monarchistische Verschwörung zu steigern. Sie waren bereit, eine Regierung der entschiedenen Verteidigung der Republik, eine feste republikanische Mehrheit zu bilden, und zugleich den sozialistischen Einfluß in der Regierung zu stärken. Nachdem die Gesetzgebung ihre Aufgabe zum Teil erfüllt hat, sollte eine starke entschiedene republikanische Regierung ihre Pflicht erfüllen.

Dagegen erhoben sich in höchstem Widerstand alle bürgerlichen Parteien. Sie fürchteten den starken Einfluß der zusammengeflohenen, vereint kämpfenden Arbeiterklasse. Sie hielten der Erweiterung der Regierung durch Eintritt der Unabhängigen die Forderung der gleichzeitigen Aufnahme der Volkspartei entgegen.

Die Antwort der sozialdemokratischen Parteien war, wie sie sein sollte: Geschlossenheit, Bildung der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Fraktionen. Aber der Widerstand der bürgerlichen Parteien blieb bestehen. Die Frage der Auflösung des Reichstages stand daher zur Entscheidung.

Ernst und eingehend, unserer Verantwortung voll bewußt, haben wir die Frage gepriift. Auflösung des Reichstages bedeutet Verzögerung der Gesetze zum Schutz der Republik. Die Auflösung hätte zu einer Verschärfung der außenpolitischen Krise geführt, zu einer Erschwerung der dringenden Lösung der Reparationsfragen. Sie hätte die wirtschaftliche Notlage infolge der politischen Unsicherheit verschärft, den Sturz der Marx beschleunigt, die Preissteigerung gefördert und so die Arbeiterschaft besonders geschädigt.

Aber der Kampf ist nicht abgeschlossen. Er besteht fort! Was wir erreicht haben, danken wir unserer Geschlossenheit, unserer Einigkeit.

Nur die Einigkeit der Arbeiterklasse sichert die Republik, den besten Kampfboden für die Durchsetzung des Sozialismus.

Das Werk der Einigung ist begonnen, es muß vollendet werden.

Berlin, den 18. Juli 1922.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Bisher 23 Verhaftungen.

Berlin, 14. Juli.

Zu der Mordjache Rathenau sündet die Berliner politische Polizei noch gegenwärtig nach dem Ingenieur Fischer und dem Oberleutnant zur See a. D. Erwin Kern, sowie ferner nach einem gewissen Günther Brand, welcher der Teilnahme an der Mordtat insofern verdächtig ist, als er die Bereitstellung des zur Mordtat benutzten Kraftwagens vermittelt hat. Außer diesen noch flüchtigen Mitbeteiligten sind von der Abteilung la insgesamt 23 Personen festgenommen und wegen des Verdachtes der Täterschaft oder der Teilnehmerschaft oder Mitwisserschaft oder der Begünstigung dem zuständigen Amtsgericht vorgeführt worden, nämlich:

1. Als Täter der Student, frühere Zeitfreiwillige in der Ehrhardt-Brigade und Mitglied der Organisation C., Ernst Werner Tschow aus Berlin, der bei Ausführung der Tat den Kraftwagen gelenkt hat.
2. Als Teilnehmer der Kaufmann, frühere Seekadett Christian Karl Jisemann aus Schwerin, Angestellter des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, der die zur Mordtat benutzte Mischinenpistole hergegeben hat.
3. Als Teilnehmer der Fabrikant Johannes Küchenmeister aus Freiberg in Sachsen, Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, der den bei der Ermordung benutzten Kraftwagen zur Verfügung gestellt hat.
4. Als Teilnehmer der Fabrikant Franz Küchenmeister aus Freiberg in Sachsen, Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, aus dem gleichen Grunde wie zu 3.
5. Als Teilnehmer der Student Wilhelm Günther aus Berlin, Mitglied des Verbandes nationalgesinnter Soldaten, des Deutschen Bundes und des Bundes der Aufrechten, der bei den Vorbereitungen zur Mordtat, insbesondere bei der Bereitstellung der Mischinenpistole, bei der Beschaffung einer Garage und bei der Beschaffung von Geld mitgewirkt hat.
6. Als Teilnehmer der Gymnasiast Hans Gerd Tschow aus Berlin, früheres Mitglied der Organisation C. und des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, aus dem gleichen Grunde wie zu 5.
7. Als Teilnehmer der Student Gustav Steinbeck aus Dresden, früheres Mitglied der Brigade Ehrhardt und des Verbandes nationalgesinnter Soldaten, der bei der Vermittlung des bei dem Mord benutzten Kraftwagens mitgewirkt hat.
8. Als Teilnehmer der Handlungsgehilfe Rudolf Heinze aus Dresden, Mitglied des Verbandes nationalgesinnter Soldaten, des Nationalverbandes deutscher Offiziere und des Bundes der Frontsoldaten, aus dem gleichen Grunde wie zu 7.
9. Als Teilnehmer der Kaufmann Werner Hof aus Berlin, der die Vermittlung der zur Unterstellung des Kraftwagens benutzten Garage besorgt hat.
10. Als Begünstiger der Garagenbesitzer Richard Schütt aus Berlin.
11. Als Begünstiger der Garagenbesitzer Franz Dietzel aus Berlin, die beide nach der Tat Beweismittel, nämlich die bei der Mordtat benutzten Kleidungsstücke vernichtet haben.
12. Als Begünstiger der Schauspieler Waldemar Haugwitz aus Schwerin, Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, der zur Fortschaffung eines Koffers bei der Vorbereitung der Flucht mitgewirkt hat.
13. Als Begünstiger der Kaufmann Rudolf Otto aus Bismar, Oberleutnant zur See a. D., der die Mörder nach der Tat durch Übergabe von Lebensmitteln unterstützt hat.

14. Als Begünstiger der Kaufmann Paul Büsch aus Lengen, Mitglied des Deutschen Bundes, der die Mörder nach der Tat beherbergt hat.
 15. Als Mitwissender der Kapitänleutnant a. D. Karl Tilleßen, Mitglied des Neudeutschen Bundes.
 16. Als Mitwissender der Kapitänleutnant a. D. Manfred v. Kilingner, Mitglied der Organisation C.
 17. Als Mitwissender der Hauptmann Walter Wecke aus Berlin, Mitglied des Verbandes nationalgesinnter Soldaten.
 18. Als Mitwissender der Korvettenkapitän a. D. Friedrich v. Abendroth aus Dresden, früherer Angehöriger der Brigade Ehrhardt, Mitglied der Organisation C. und des Verbandes nationalgesinnter Soldaten.
 19. Als Mitwissender der Schüler Hans Stubenrauch aus Berlin, Mitglied des Bundes der Aufrechten.
 20. Als Mitwissender der Kaufmann Erich Bode aus Medlenburg, Gauleiter des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes.
 21. Als Mitwissender der Privatbeteftin Waldemar Niedrig aus Hamburg, Mitglied der Organisation C.
 22. Als Mitwissender der frühere Seeoffizier Hartmut Plaas aus Hamburg, Mitglied der Organisation C. und des Neudeutschen Bundes.
 23. Als Mitwissender der Kaufmann Walter Richter aus Berlin-Tempelhof, Mitglied des Verbandes nationalgesinnter Soldaten.
- Die zu 15 bis 23 Genannten haben sich dadurch strafbar gemacht, daß sie von dem Vorhaben des Mordes vor der Tat Kenntnis gehabt und es unterlassen haben, der Behörde Anzeige zu erstatten.
- Die polizeilichen Ermittlungsvorgänge werden jetzt von der Berliner Polizei der Anklagebehörde beim Staatsgerichtshof geleitet.

Der Münchener Polizeisumpf.

München, 18. Juli.

Einem Bericht unseres Münchener Korrespondenten entnehmen wir folgendes:

Die Namen Böhner und Kahr sind verschwunden, das System der politischen Verleumdung der Polizei, der „Polizeisumpf“, mit allen seinen nationalistischen und antimilitarischen Stimmgeizen ist derselbe geblieben. Im dritten Stock der Münchener Polizeidirektion regieren die reaktionärsten Offiziere der alten Armee mit ihrem Spiegelapparat, und Partenze in den Wachtuben verbreitet sich der ehemals kommunistische, jetzt nationalistische Rowdy mit dem Gummiknütel-Kriminalen im blauen und grünen Rock. Ludendorff, der Spiritus rector der bayerischen Reaktion, wird von ihnen bewacht wie der Lügapsel Bayerns. Am 4. Juli, dem 2. Demonstrationstag der Münchener Arbeiterschaft, war sein Hauptquartier förmlich in ein Heerlager umgewandelt. Militär, Polizei und bewaffnete Zivilisten in „Oberländer“-Tracht schützten den General.

Der „dritte Stock“ verbietet auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten linksstehende Blätter, im „Barterre“ (Schäfer) die ein- und ausgehenden Hafentruerler und Mitglieder für ihre Geheimorganisationen mit der Anpreisung von „gut bezahlten Staatsstellen“ in der bayerischen Republik. „Freie Bahn dem Lächtigen“ gilt auch in Bayern — auch für den Mann des Schlagringes und des Revolvers.

Den ganzen Morast der Münchener Polizei hat der „Münchener Landfriedensbruch-Prozess“ jutage gefördert. Man greift sich an den Kopf, wenn man jugendgemäß kiffelt, daß Polizei-

beamte in die Reihen der nationalsozialistischen Sturmabteilungen eingereicht sind, daß halbwürdige Burtschen unter Führung dieser „Kriminalen“ und des der Fahnenhändlung sich offen rühmenden Herrn Klinghies Ziel- und Zielschüßübungen auf staatlichen Schießständen und im offenen Verjammlungslobal vornehmen, daß Kriminalassistenten die Protokolle in ihrem Sinn förmlich umbiegen und verfälschen, daß Anzeigen gegen nationalsozialistische Revolverhelden, die auf eine wehrlose Menschenmenge feuern, einfach unterschlagen und die betreffenden Stellen der Akten überklebt werden, daß die Polizeidirektion den Hafentruerlerischen Lausbuben nach Belieben Waffenscheine ausstellt.

Die charakteristischste Persönlichkeit des Münchener Polizeisumpfes ist ein gewisser Ernst Wagner. Er ist der hauptberufliche Protokateur und Verjammlungsprenger seit Oktober 1920 in München. Er fehlt bei keiner Kauferei und Schieberei, bei keiner Verprügelung und Anpöbelung linksstehender Politiker. Und der Mann war bis April 1922 Polizeibeamter, jetzt ist er Reichswehrsoldat. Vielleicht interessiert sich der Herr Reichswehrminister für diese sonderbare Auswahl zur bewaffneten Macht in einem republikanischen, zur Hälfte von Industriearbeitern bewohnten Rechtsstaat. Wagner ist beladen mit dem ganzen Fluch des Verjammlungserrors und der Morbatmosphäre in München. Er kommt in Zivil vor Gericht, die Königskrone im Knopfloch, den böhnerischen Waffenschin in der Tasche und suchelt auf dem Gang des Gerichtes ganz offen mit seinem Schießeisen herum. Als der „Hafentruerlerherr“ Hilfer in den Saal geführt wird, stimmt er einen „Heil-Ruf“ an, daß der Saal erdröhnt. So wahr man in Bayern die Würde des Volkserzichts.

Der gekennzeichnete politische Sumpf innerhalb der Münchener Polizei, der seine Duffe zu den Schupo- und Reichswehrkarnen weiter entsendet, ist die Bruchfläche der Reaktion und des politischen Mordes in Bayern, vielleicht im ganzen Reiche. Es ist von größter Bedeutung, daß sich das Reich gerade hier die nötige Autorität allen Dementis der Münchener Polizeioffiziere zum Trotz wahr, die schlimmsten Pfannen mit Stumpf und Stiel auszottet aus Polizei und Reichswehr. Nur so kann die Republik sich auch in Bayern Respekt verschaffen!

Christlicher Arbeiterfang.

Die Gutsverwaltung Carmitten, Kreis Königsberg, hat an die ihr unterstellten Landarbeiter folgende „Bekanntmachung“ gerichtet:

„Infolge steigender Ankosten erhöht sich der Preis für elektrisches Licht vorläufig bis zum 1. Oktober ds. Js. pro Brennstelle auf 20 Mk. pro Monat.

Die Ferkel kosten zum Herbst 800 Mk. pro Stück. Anmeldungen auf Ferkel sind im Bureau abzugeben.

Der Preis für Licht und Ferkel ermäßigt sich um 50 Prozent bei Witwen, ebenso bei Arbeiterfamilien, deren Mitglieder nachweisen können durch Vorzeigen ihres Klebzeichens, daß sie dem christlichen Zentralverband angehören.“

Diese Bevorzugung, oder besser gesagt Beeinflussung, bedeutet nichts anderes als die Zahlung der Beiträge für die christlichen Gewerkschaften durch die Gutsverwaltung. Bisher war man eine derartige Beeinflussung nur zugunsten der Deutschnationalen Partei seitens der Unternehmer gewohnt. Wenn man jetzt versucht, im gleichen Sinne von derselben Seite für die christliche Gewerkschaft zu arbeiten, so beweist das die enge Gemeinschaft zwischen den christlichen Organisationen und deutschnationalen Unternehmern.

Devisen-Kurse.

Berlin, 19. Juli.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	18. Juli.	17. Juli.	
Amsterdam	100 fl.	18626.65	17503.05
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	8795.26	8550.55
Kristiania	100 Kr.	7990.—	7500.60
Kopenhagen	100 Kr.	10287.10	9677.85
Hölschholm	100 Kr.	12459.80	11690.52
Stockingfors	100 finn. Mk.	983.75	945.50
Rom	100 Lire	2197.25	2062.40
London	1 £	2134.80	2009.95
New York	1 Doll.	480.89	458.93
Paris	100 Frs.	3995.—	3790.25
Zürich	100 Frs.	9193.45	8793.95
Madrid	100 Pesetas	7400.70	7091.10
Wien	100 K.	1.28	1.28
Prag	100 K.	1076.65	1006.70
Budapest	100 K.	36.20	36.20

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 18. Juli: D. Gammat aus Alburg in 2 1/2 Tg., D. Schnofred aus Apen in 1 Tg., D. Nissen aus Malmö in 16 Std., D. Bürgermeister Eichenburg aus Kotta in 3 Tg., D. Soanen aus Kopenhagen in 15 Std., D. Heimdahl aus Kolbing in 1 Tg., D. Regier von Selgingfors in 3 Tg.

Diebmärkte.

Hamburg, 18. Juli.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtviehmarkt, wird mitgeteilt:

Kalbermarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: Doppellender 4300—4600 M., feinste Mastkälber 3800—4200 M., mittlere Mastkälber 3200—3700 M., geringere Kälber 2200—3000 M., nächsterne Kälber 2400—2600 M. Zufuhr: 1330 Kälber. Der Handel verlief glatt.

Schweinemarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: Belle Fette Schweine über 250 Pfd. 6500—6800 Mk., mittelschwere Ware über 220 Pfd. 6400—6500 Mk., gute leichte Ware von 180—220 Pfd. 6000—6300 Mk., geringere Ware 5800—6500 Mk., beste Sauen 6000—6200 Mk., geringere Sauen 5500—5900 Mk. Zufuhr: 3100 Schweine. Der Handel verlief ruhig.

Quittung.

Mk. 125.00 für die Kinderhilfe anlässlich der Hochzeitsfeier im Hause Otto Teege, Ludwigsstraße 80, gesammelt.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freikant Lübeck und Heilketten Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schütz; für Inserate Franz Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck: Friedrich Meyer & Co., Lübeck in 1922.

Ankündigung!

Infolge

Umbau

ab 2. August bis Anfang September
mein Geschäft geschlossen.



(4634)

Ab

Donnerstag Verkauf

in verkleinertem Raum mit

**extra 5% Rabatt
auf alle Waren!**



Sämtliche Preise sind weit unter heutigem Fabrikpreis und empfiehlt es sich, aus meinen Vorräten:
Kleider u. Blusen, Damen- u. Herrenwäsche, Strümpfe u. Socken, Hüte, Kravatten, Unterwäsche,
Damen- u. Herren-Schirme
weitgehend einzukaufen.

Dargel-Blie

Inf. B. Dargel. Holstenstr. 16.

Große Münchener Geld-Lotterie

Ziehung am 24., 25., 26., 27., 28. Juli.
15 420 Geldgewinne im Gesamtbetrage von:

1 Million Mark.

1 x 150 000 M. = 150 000 M.
1 x 100 000 M. = 100 000 M.
1 x 50 000 M. = 50 000 M.
2 x 25 000 M. = 50 000 M.
5 x 10 000 M. = 50 000 M.

10x5000, 50x1000, 100x500, 250x200,
500x100, 2500x50, 12 500x20 Part.

Originallose à 12.— Mk.

(Lose und Partis für auswärtige Spieler 6 Mk.
extra) empfiehlt in großer Quantität

Hermann Kersten, Lübeck

Oberer Hützstraße 2. (4627)

Rechnungskonto: Hamburg 40554.

Adlershorst. 4610. Jeden Donnerstag: BALL.

Hansa-Theater.

Donnerstag, den 20. Juli, abends 8 Uhr:

Ehren-Abend

für (4605)

Emil von Dollen:

„Ueberr großen Teich“.

Weißer Engel.

Jeden Sonntag und Freitag: (4495)

Großer Ball.

Wir fordern hierdurch unsere Arbeiter, die am 18. Juli, nachmittags 6 Uhr, die Arbeit niedergelegt haben, auf, sich sofort wieder zur Arbeit zu melden.

Wer von der Früh- und Tagschicht bis Freitag, den 21. d. Mts., morgens 6 Uhr, von der Mittagschicht am selben Tage um 2 Uhr nachmittags, von der Nachtschicht am selben Tage um 9,40 Uhr abends die Arbeit nicht wieder aufgenommen hat, gilt als entlassen.

Ueber den Umfang einer Wiedereinstellung nach diesen Terminen behält sich die Direktion die Entscheidung vor.

Herrenwyk, den 19. Juli 1922.

Hochofenwerk Lübeck

A.-G.

4638

Fernruf 1359. Zentral-Theater Johannisstraße 25

Heute und folgende Tage das erstklassige
Eröffnungsprogramm:

§ 97

Wegen Grausamkeit geschieden!

Joe Nelsons Erlebnisse. Wohl und Wehe seiner Ehe. Ein skandalöses Ehecheidungsdrama mit humorvollem Untergrund in 6 Akten.

Eine interessante Handlung mit vielen lustigen Episoden aus der tragikomischen Ehe des Meisterchaftsborgers Joe Nelson und seiner Frau Mabel.

Frau Jutta und der Fremde

Großes Drama in 4 Akten mit Bruno Eichgrün.

Der Kiebitzkellner

Groteske in einem Akt. (4631)

Spielzeit 4-11 Uhr. Orchester-Musik.

Ab 2 Uhr: Große Kinder-Vorstellung.

Leder
Lederabschnitt
Ersatzsohlen in halt-
baren Fabrikaten
— Alle Schuhmacher-Artikel —
C. Grimm Nachf.,
Lederhandlung und
Schäftefabrik. (4606)

Betriebsräte-
zentrale
Lübeck.

Gruppen-
Versammlung

der Gruppe II
(Bau- u. Steinindustrie)
am Donnerstag, d. 20. Juli,
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus

Die Tagesordnung
wird in der Versamm-
lung bekannt gegeben.
Das Erscheinen aller
Beauftragten und B.
R. ist unbedingt not-
wendig. (4622)
Die Betriebsrätezentrale

Deutscher Verkehrsbund.

Reichsabteilung
Kraftwagenfahrer.
(4624)

Sektions- Versammlung

am Donnerstag, d. 20. Juli
abends 8 Uhr
bei Herrn P. Richter,
Markthallen-Restaurant.

Tages-Ordnung:
Jüngere Verbands-
angelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.

Mieterbund-Verein Lübeck G. B.

Außerordentliche Mitglieder- Versammlung

Donnerstag, 20. Juli, abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung: (4620)
1. Veröffentlichungen des Einigungsamtes;
2. Die Tätigkeit des Wohnungsamtes.
Erscheinen ist Pflicht. Mitgliedsbücher vor-
zeigen. — Aufnahme vor der Versammlung
am Saaleingang. Der Vorstand.

Trocadero.
Schlüsselbuden 4.

Wiener Sinfoni-
und Selen.
Beginn 8 1/2 Uhr.
4613

Hansatheater

8 Uhr. 8 Uhr.
Nur noch (470)

3 Aufführungen
von dem großen Schläger
„Übern großen Teich“
Ausstellungsexpose in 4
Büchern v. Adolf Philippi
mit Emil von Dollen
Willy Schwelguth
Minna v. Seemen
Dir. Oskar Erasm.
als Gäste.

Donnerstag, 20. Juli
Ehrenabend
für Emil von Dollen
„Übern großen Teich“

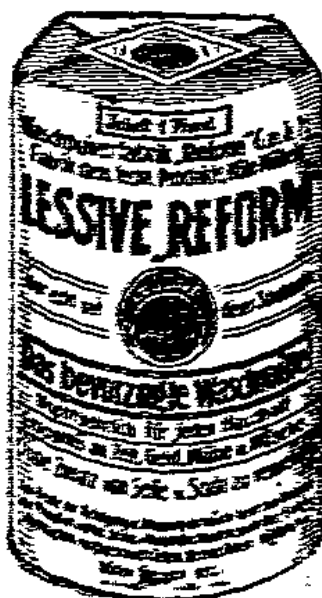
Blendend weiße
erzieht man fast mühelos

LESSIVE

In bester Friedensware

Waschpulverfabrik Reform

Köln-Mülheim.



geruchlose Wäsche
ohne Seife und Soda durch

REFORM

wieder überall erhältlich.

General-Vertreter: (4606)

Karl König, Lübeck.

Kanalstraße 26.



Wir geben unseren Arbeit-
nehmern zur Kenntnis, daß
wir nach wie vor gewillt sind,
während des Streiks auf der
Ueberlandzentrale unsere nicht
von der Maschinenarbeit ab-
hängigen Arbeiter und Arbeiter-
innen soweit wie möglich wechsel-
weise zu beschäftigen und stellen
anheim, sich am Donnerstag früh
6 Uhr am Fabrikeing. zu melden.

Stanz- und Emailierwerke
vorm.: Carl Intel & Sonne. Akt.-Ges.

(4607)

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 19. Juli.

Ortsauschuß.

In seiner Sitzung am Montagabend beschäftigte sich der Ortsauschuß des A. D. G. B. mit der durch den Streik für die gesamte Lübecker Bevölkerung geschaffenen Lage. In kurzen einleitenden Worten gab Genosse Dreger einen Überblick über die Situation und über die Verhandlungen, an denen zum Teil der Ortsauschuß durch Vertreter mit teilnahm. Heute steht nicht mehr zur Debatte, so führte der Redner aus, die Regelung der Lohnforderung der Belegschaft der Ueberlandzentrale, sondern die Frage muß so gestellt werden: „Können wir in dieser für die Arbeiter in wirtschaftlicher Beziehung so schwierigen Zeit es noch verantworten, daß wegen einer Lohnstreitigkeit einer doch immerhin im Verhältnis zu den Auswirkungen des Streiks kleinen Arbeitnehmerschaft Tausende und Abertausende ihrer Verdienstmöglichkeit beraubt werden?“ Doch nicht nur diese Frage ist zu klären, sondern trotz Leistung der Notstandsarbeiten durch die Belegschaft der Ueberlandzentrale befindet sich ein Teil lebenswichtiger Betriebe infolge Strommangels in den größten Schwierigkeiten. So ist vor allem die Milchversorgung der Bevölkerung Lübecks äußerst gefährdet. Aufgabe der Belegschaft sei es daher, sich unter diesen Umständen die Frage des Weiterstreikens zu überlegen.

Nach dem Redner des Vorstandes des Ortsauschusses gab zunächst der Gen. M a n n, als Führer der zuständigen Organisation, ein genaues Bild über die Entstehung und den Verlauf des Streiks. Seine Ausführungen wurden durch Mitglieder der Streikleitung ergänzt. Desgleichen beteiligten sich an der Debatte die Genossen K n a p p, Z i e h m, D e n k w i t z, H a a f, P u l s, B o l l o w, H a u t, L ö w i g t u. a.

Der Ernst der Situation und die große Verantwortung, die auf den Schultern des Ortsauschusses und der Gewerkschaftsvorstände ruht, kam in den Ausführungen aller Redner deutlich zum Ausdruck. Mit Recht wurde aber von einigen Rednern gefordert, daß auch die Arbeitgeber in dieser Zeit der entsetzlichen Schwierigkeiten größeres Verständnis für die Notlage der Arbeitnehmerschaft aufbringen müßten.

Die Verhandlungen des Ortsauschusses gipfelten in der Annahme folgenden Antrages: „Die heute stattfindende Versammlung des Ortsauschusses und der Gewerkschaftsvorstände der A. D. G. B. und dem Ufa-Bund angehörenden freien Gewerkschaften eruchen die Belegschaft der Ueberlandzentrale, sofort die nötigen Schritte einzuleiten, um die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Verammelten sind sich des Opfers, das sie von der Belegschaft der Ueberlandzentrale fordern, voll bewußt, müssen aber im Interesse der übergroßen Mehrheit der Lübecker Bevölkerung und damit der Lübecker Arbeitnehmerschaft, auf diese Forderung bestehen.“

Erhöhung der Feuerungszuschläge. In der letzten Versammlung der Bürgerschaft verlas der ständige Senatskommissar folgendes Senatsdekret vom 12. Juli d. J.: Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 28. Juni 1922 dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushaltsgesetz für das Rechnungsjahr 1922 zugestimmt. Danach ist vom 1. Juni 1922 ab zu dem Grundgehälter der Reichsbeamten, den Diakonen und dem Ortszuschläge, soweit diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10 000 Mark nicht übersteigen, ein Feuerungszuschlag von 160 v. H., im übrigen von 105 v. H., zu den Kinderzuschlägen von 105 v. H. zu zahlen. Diese Regelung, die auch auf die Angestellten sinngemäß übertragen worden ist, entspricht einer Erhöhung der bisher gewährten Feuerungszuschläge um 40 v. H. Auch die Feuerungszuschläge der Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen sind dementsprechend umzurechnen. Indem der Senat der Bürgerschaft hiervon Kenntnis gibt, bemerkt er, daß er auf Grund des Rat- und Bürgerrechtes vom 15. Mai 1922 die Anweisung erteilt hat, die vorbestimmten erhöhten Feuerungszuschläge auch den Lübeckischen Beamten, den Senatsmitgliedern und den staatlichen Angestellten der vom Staate unterstützten Privatanstalten, letzteren Angestellten in der von den staatlichen Stellen abweichenden üblichen Höhe, sowie den Ruhegehaltsempfängern und den Hinterbliebenen zu zahlen. Die hierdurch für die Zeit vom 1. Juni 1922 bis zum 31. März 1923 entstehenden Mehrkosten sind überschläglich auf 30 500 000 Mk. berechnet worden; hinsichtlich ihrer Erstattung aus Reichsmitteln gelten die bisherigen Grundzüge weiter.

Besseres Wetter in Sicht. Der Landregen, der in den letzten Tagen gefallen ist, hat uns nun genügend Feuchtigkeit gebracht.

Besseres, vor allem wärmeres Wetter ist dringend nötig. Der Sturm, der mit dem Regen verbunden war, hat in den Obstgärten mancherlei Schaden angerichtet. Es ist viel Obst von den Bäumen geschlagen worden. Das Berliner Wetterbureau bezeichnet als Ursache für das Unwetter ein für diese Jahreszeit seltenes und ungewöhnlich starkes Tiefdruckgebiet, das aus dem Atlantischen Ozean gekommen ist, in der Nacht zum Sonntag nach der Ostsee bis nach Ostpreußen vordrang und sich noch mehr vertiefte. Die Leitung der Wetterbureaus teilt aber gleichzeitig mit, daß das Unwetter seinen Höhepunkt bereits überschritten hat. So ergiebige Regenfälle, wie gestern werden voraussichtlich nicht mehr niedergehen. Klares Wetter ist allerdings heute und morgen noch nicht zu erwarten, indessen werden die nächsten Tage erhebliche Besserung und Erwärmung bringen. — Hoffentlich kommt es nicht anders.

Vereinbarungen im Baugewerbe.

Für die Provinz Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck und Cuxhaven fanden auf Antrag der Gewerkschaft am 14. und 15. Juli in Hamburg erneute Verhandlungen statt, da in Hamburg und in einer Anzahl Orte der Provinz der am 3. Juni in Neumünster gefällte Schlichtespruch keine Anwendung gefunden hatte. Nach eingehender Beratung beider Parteien wurde nachstehende Vereinbarung getroffen und ihr von beiden Parteien zugestimmt: 1. Unter Anerkennung des Schlichtespruches des Bezirkslohnamtes vom 3. Juli 1922 wird in Berücksichtigung der besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse und der bis Mitte Juli 1922 eingetretener Teuerung für das Hoch- und Tiefbaugewerbe in den Vertragsgebieten Groß-Hamburg auf sämtliche bestehenden Löhne ein Zuschlag von 5 Mk. für Cuxhaven, Lübeck auf sämtliche bestehenden Löhne ein solcher von 3,50 Mk. bezahlt. Für die Vertragsgebiete Schleswig-Holstein wird auf die bestehenden Löhne des Hoch- und Betonbaugewerbes 3,50 Mk. für das Tiefbaugewerbe ein Zuschlag von 2 Mk. gezahlt. Die Zimmerer erhalten eine weitere Wertzeugsentschädigung von 10 Pfg. pro Stunde. 2. Die im Vertragsgebiet Schleswig-Holstein ohne die Bezirksleitung geführten Sonderverhandlungen sind deren eventl. Ergebnisse werden angerechnet. Alle sonstigen Lohnstreitigkeiten gelten als geregelt. 3. Diese Vereinbarung gilt als Ganzes und kann als solches nur angenommen oder abgelehnt werden.

Bei Postkarten und Drucksachen in Kartenform, deren Vorderseite nicht für Mitteilungen, sondern nur für die Aufschrift verwendet wird, soll es künftig im Inlandsvorkehr nicht mehr beanstandet werden, wenn die am Kopf der Vorderseite stehende Absenderangabe auf die rechte Hälfte der Vorderseite übergreift. Es macht dabei keinen Unterschied, ob auf der Karte ein Teilungsstrich angebracht ist oder nicht. Ferner soll, um den Aufbrauch von Vorkarten, die den Bestimmungen nicht entsprechen, zu ermöglichen, bis auf weiteres auch bei Postkarten und Drucksachen in Kartenform mit geteilter Aufschrift, deren linke Hälfte für Mitteilungen verwendet ist, über das Absendertriften der Absenderangabe auf die rechte Hälfte der Vorderseite hinweggesehen werden. Es ist jedoch davon zu warnen, beim Neubruch von Karten mit geteilter Vorderseite die Absenderangabe mit auf die rechte Hälfte setzen zu lassen, weil so beschaffene Karten keinen genügenden Raum zur Anbringung der Stempelabdrücke und der postfremden Vermerke bieten, wenn die Karten nach oder zurückgeschickt werden müssen. Diese Erleichterungen gelten nicht für den Verkehr mit dem Auslande, weil die Bestimmungen des Postpostvertrages entgegenstehen.

Zum Streik der Schiffingenieure und Seemaschinenisten.

Von der Streikleitung der Schiffingenieure und Seemaschinenisten wird uns folgendes mitgeteilt: Die Streiklage im allgemeinen war vom ersten Tage an gut. Täglich kommen mehrere Schiffe in den Hafen und müssen liegen bleiben. Die Schiffingenieure und Seemaschinenisten verlassen, nachdem sie den Betrieb ordnungsgemäß übergeben haben, geschlossen das Schiff. Es sind bis jetzt 19 Reedereien mit 50 Schiffen, die den Tarifstreik anerkannt haben, freigegeben worden und befinden sich bereits wieder in Fahrt. Wir führen dies an, um auf die früheren Laxität zurückzukommen, wo der Zentralverein Deutscher Reederei erklärte, daß sie gerade bei den kleinen Reedereien Rücksicht nehmen müßten, da diese nicht die Balutagewinne hätten von der großen Reedereien. Die streikenden Schiffingenieure und Seemaschinenisten haben mit Ruhe dem Kommando entgegen. Wird doch durch die Abschlussmöglichkeit der Kreis jener Reedereien immer kleiner, welche momentan leider noch laufend Hunderte von Millionen Mark in die ausländischen Reederei-

taschen fließen lassen. Hierbei ist aber nicht gesagt, daß die Reederei etwa aus Vaterlandsliebe die Güter befördern, nein, statt Papiermark lassen sich diese Frachten in Goldwährung bezahlen, während sie ihre Angestellten in Papiermark abfinden. Trotzdem verlangen die Reederei von ihren Angestellten, daß sie bis 16 Stunden und mehr täglich arbeiten sollen. Alles für die Ueberlandzentrale von sage und schreibe 525 Mk. Wert aber nun in diesem Falle das Fortwerfen vieler Millionen ein Verlust am Volksvermögen ist, so ist daran einzig und allein der Zentralverein Deutscher Reederei schuldig. Legten Endes kommt dann auch noch der 10 prozent Steuerabzug dazu, welcher doch auch dem Volksvermögen verloren geht. Der Schiffahrtsbund, die Reichsabteilung Seeleute und die Matrosen alle haben sie uns die Solidarität zugesagt. Trotzdem gibt es noch Leute, die die Solidarität brechen. Hier im Lübecker Hafen sind es der Steuermann und Bootsmann vom Stettiner Dampfer Nordstern, welche Aktien auf dem norwegischen Dampfer Porto übergeben haben, während der Kapitän dabei stand. Auch im Hamburger Hafen hat es ein Dampfer der Spennlinie fertig gebracht, den Hafen zu verlassen. Hier im Lübecker Hafen liegen augenblicklich 32 Schiffe. Davon sind nun heute wieder drei Schiffe freigegeben worden, S/S Energie, S/S Frieda und S/S Hannover. Um nun auf den Seemann direkt sprechen zu können, möchten wir noch kurz folgendes bemerken: Es gibt im Deutschen Vaterlande keinen gefehrteren Menschen wie den Seemann, welcher noch mit Ausnahmegelegenheit (Seemannsordnung) niedergehalten und gerade wegen seiner bisherigen Willigkeit in jeder Hinsicht vom deutschen Reederei als halbwegs Arbeitseigner eingeschätzt wird. Bekanntlich gilt auch in der Seeschifffahrt das Wort: Je mehr man sich gefallen läßt, desto mehr muß man sich gefallen lassen. Dieses trifft vor allen Dingen auf das Offizierskorps zu, welches oftmals 16 und mehr Stunden pro Tag beschäftigt werden kann und auf sehr vielen Schiffen kaum ein Tag ohne 12stündigen Dienst wegkommt. Jetzt heißt es Abhilfe schaffen. Der Wille zum Durchhalten ist überall in unseren Reihen. Es soll erreicht werden, was jeder an Land schon seit der Revolution hat, der 8 Stunden tag. Wir verlangen nichts unmögliche. Wir fordern unsere normal begrenzte Arbeitszeit und dementsprechende Bezahlung. Wir fordern nur den Abschluß eines gebrauchsfähigen Tarifs. Man setze uns reederseitig am 27. Juni das Wort entgegen: „O, es geht auch ohne Tarif ganz gut“ (d. h. man kann dann mit jedem umspringen wie man will.) Nun wir werden zu zeigen haben, daß zur Schifffahrt mehr gehört, wie nur das Reederkapital und das Reederkommando. Wir Schiffingenieure und Seemaschinenisten sind es gewohnt immer voll auf unseren Posten zu sein und jedes Kommando prompt zur Ausführung zu bringen; solches gilt heute und in diesem Kampfe erst recht. Jeder Telegraph liegt auf Salt.

Die Streikleitung Lübeck.

Der lokale Hinweis. Eine alte Unsitte. „Wir bitten, den beiliegenden Hinweis los in lokalen Teile Ihres Blattes veröffentlichen zu wollen.“ Täglich flutern jeder Redaktion Zuschriften ins Haus, die so oder in ähnlicher Form von der Redaktion verlangen, daß im redaktionellen Teile des Blattes kostenloser Hinweis über irgendeine Veranstaltung Aufnahme finden. In vielen Fällen wenden sich die ungenierten Briefschreiber nicht an die Expedition ihrer Zeitung, um dort durch ein bezahltes Inserat die Voraussetzung zu schaffen, die überhaupt zur Prüfung eines solchen Anliegens unbedingt erforderlich sind. Besonders von Behörden gehen den Redaktionen fortwährend Zuschriften ein, in denen gewünscht wird, unentgeltliche Hinweise zu veröffentlichen. Nicht selten sind diese beabsichtigten Hinweise länger als ein kurzer Zeitartikel. Auch die Bemerkung, daß für bezahlte Anzeigen der Behörde „keine Mittel“ zur Verfügung ständen, kann für ein Zeitungsunternehmen keine Veranlassung sein, den Wünschen auf kostenlose Aufnahme von Hinweisen zu entsprechen. Grundsätzlich betrachtet, läßt sich überhaupt das Verlangen, im redaktionellen Teile der Zeitung Hinweise zu bringen, nicht rechtfertigen. Zunächst: Warum sollen ausgesprochen die Zeitungen, die zudem heute im schwersten Daseinskampf stehen, ohne Bezahlung Leistungen verrichten. Jede Zeitung soll öffentlichen Interessen dienen, sie kann das aber nur, wenn die Öffentlichkeit sie ebenfalls unterstützt und nicht unbillige Anforderungen an die Zeitung stellt. Mit jeder Zeile, die man einem redaktionellen Hinweis opfert, wird Raum fortgenommen für allgemein interessierende Nachrichten und Mitteilungen, auf die jeder Leser einer Zeitung begründeten Anspruch hat. So verlangt schon der Charakter eines Blattes, als Instrument der öffentlichen Meinung eine Ablehnung der redaktionellen Hinweise, die für die Zeitung zum Ballast sind. Noch ein anderer, sehr wichtiger Grund zwingt zu dieser Stellungnahme. Die kostenlosen Hinweise im redaktionellen Teile sind in sehr vielen Fällen nichts anderes

Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von R. von der Eider.

47. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Der junge Mann fühlte sich der imponierenden Erscheinung Ingeborgs gegenüber fast als ein Knabe. Aus allen Ecken und Winkeln der Stube, aus den schweren geknüpften Mahagonimöbeln, der vergoldeten Uhr unter der Glasglocke, dem silbernen Gefäß auf dem Tisch leuchtete ihm prächtige Wohlhabenheit entgegen. Selbst die Luft legte sich schwer auf seine Brust. Wenn er dabei an das stille, schmutzige Stübchen seiner Eltern dachte, wo kleine Photographien in schmalen Rahmen an der Wand hingen und vor dem Fenster Pantoffel- und Achselblumen blühten, hing die Rote der falschen Scham ihm ins Gesicht.

Er fühlte sich unglücklich. Bis jetzt hatte er es gar nicht gewußt, daß Geld alles in der Welt bedeutet, daß ein armer Landpastor rein gar nichts auf der Welt war. Hier wurde es ihm klar gemacht. Er begriff alles, was ihm Ingeborg sagte, es klang ja so vernünftig und selbstverständlich; sogar wohlwollend hörte es sich an, wenn sie ihm riet, die Tochter eines kleinen Beamten oder Richters zu heiraten, so eine, die in seinen Stand und zu seinen Eltern paßte.

Ob er Wiebke nicht mal sehen dürfte, hat er.

Ingeborg schüttelte den Kopf. Sie wäre gar nicht da, und er solle sich das man lieber aus dem Kopfe schlagen; Wiebke wäre sehr stolz, sie geniere sich, daß sie etwas mit ihm gehabt habe. Er habe das gewiß em.

Ja, er sah es ein. Gewiß, Wiebke war stolz; da hatte die Lante ganz recht. Er hatte es selbst beobachtet. Sie war auf dem Gute sogar als hochmütig verschrien worden und hatte sich von dem Dienpersonal immer ferngehalten. Ja, was diese Frau ihm sagte, hatte er sich hundertmal selbst vorgehalten; es war nur die Verlassenheit in ihrer Stellung, die sie zusammengeführt hatte.

Mit einem Seufzer erhob sich Paul Jensen. Ingeborg geleitete ihn hinaus und reichte ihm vor der Tür mit mühseliger Hand die Hand.

So ging der junge Mann, wie er gekommen. Nur daß sich jetzt ein Leidenszug um seine schmalen Lippen gelegt hatte, daß er die Welt nicht mehr mit so fröhlichen Augen ansah, wie vordem. Es war die höchste Zeit, daß er ging, denn fünf Minuten später kam der Bauer die Werkstatt heraus. Die Fürtchen waren auch gerade fertig, als Ingeborg wieder in die Küche trat.

Sie ließ einige Worte fallen, was man manchmal für Aerger mit einem Reisenden habe. Sonst war sie ganz ruhig; daß ihre Hände ein wenig zitterten, wurde niemand gewahr. Am Abend fand sich Niklai ein. Er wollte Larischen besuchen, wie er sagte, aber er bekümmerte sich fast ausschließlich um Wiebke, die seinen Huldigungen einen gleichgültigen Stolz entgegensetzte.

Ingeborg wurde immer mehr die Seele des Hauses. Sie sorgte für die Wäsche und Kleidung des Hausherrn, für das Wohl der Dienstmädchen, für die Räder und Schweine, für Gärten und Hüthnerhof. Sie lud Gesellschaften ein und ging mit dem Bauern aus zu den Nachbarn. Ja, man sah bald überall im Dorfe in ihr die zukünftige Rehwischhoferin, und sie tat nichts, dem Gerüchte zu widersprechen.

Der Kegeltrug florirte ohne die lustige Wirtin. Niklai mußte auch manchmal dadurch anzulocken, daß er mit ihm trank und Karten spielte.

Wiebke war in der letzten Zeit noch stiller und teilnahmsloser geworden als früher. Es tat dem Bauer wohl manchmal weh, seine Tochter so zu sehen, aber er schab es auf ihre Charaktereigenheiten. Sie war immer ein eigenwilliges, stolzes Kind gewesen und hatte nie ihrem Vater ihr Herz erschlossen. So ließ er jetzt sie ihre Wege gehen, obgleich er sie herzlich lieb hatte und ihr gern alle Wünsche erfüllt haben würde.

Er kam, auch nicht dazu, viel darüber nachzudenken; Ingeborg hielt keine Sinne mehr als je gefesselt. Sie verstand es, den Kunden in ein Wämerberg zu werfen und zu heißer Glut zu entzünden. Sie ging dem Bauer um den Mund und war ihm zur Hand. Sie wußte es ihm in seinem Hause gemütlich zu machen, seinen kleinen Eigenheiten zu schmeicheln, ausfindig zu machen, was ihm schmeckte, was ihm behagte. So machte sie sich ihm unentbehrlich und nahm die erste Stelle in seinem Hause und in seinen Gedanken ein.

Auch das Reichmüßfest verlief diesmal gemütlicher als sonst. Ingeborg hatte solche herrliche Kuchen und köstlichen Rosenkuchen

gebäckt. Das ganze Haus duftete danach. Sie hatte für einen hübschen Tannenbaum geforgt und den Teller die Teller bis oben gefüllt. Man sah lauter helle Augen und frohe Miemen. In Koll regte sich ein Gefühl der Dankbarkeit gegen Ingeborg. Dieses verstärkte sich noch, als er Wiebke mit kalter Miene und zusammengepreßten Lippen am Ofen stehen sah. Seine Tochter würde es nicht so verstanden haben, ihm das Fest zu verschönern. Ihn überließ es kalt, wenn er an die untrösten Jahre dachte, die wie ein böser Traum hinter ihm lagen. Nein, er wollte nicht mehr zurückblicken. Er fühlte sich fröhlicher und frischer seit langer Zeit; mochte es so bleiben, wie es war, ihm war es recht.

Es kam ihm daher auch gar nicht überraschend, als Ingeborg ihm eines Tages eine Anspielung auf ihre fünfjährige Verheiratung machte. Ja, sie hatte nicht unrecht, Ingeborg war ja schon jetzt fast eine Frau; es war ganz in der Ordnung, daß sie sich nach Beendigung des Traverjahres trauen ließen. Er wurde alt, schon durchgezogen silberne Fäden Bart- und Kopfhaar; die Zeit der goldenen Jugendträume war vorbei.

Aber gern hätte er die beiden vorher versorgt, die ihm am Herzen lagen: Andrees und Wiebke. Fast war ihm der Sohn teuer geworden als die Tochter; doch sah er wohl ein, daß er ihn nicht immer um sich behalten konnte. Er hatte die Absicht, nach einigen Jahren dem jungen Manne eine kleine Landstelle zu kaufen, dann konnte er sich verheiraten und die Mutter zu sich nehmen. So war auch für die geforgt. Anders stand es mit Wiebke. Sie war zu stolz und eigenartig; es würde nicht leicht sein, für sie den rechten Mann zu finden. Er sah ihr nach, wie sie hochgehobenen Kopfes Ingeborg gegenüberstand und dann mit der Haltung einer Königs Tochter hinausschritt.

Ingeborg war Kolls Blinde gefolgt; sie verstand, in seinen Augen zu lesen.

„Es wird Zeit“, sagte sie, „daß Wiebke aus Heiraten denkt; sie ist in den schönsten Jahren, und ich denke, sie und Niklai passen gut zusammen.“

Niklai? Er besann sich. Ja, sie war nicht unfreundlich zu ihm, sie lächelte über seine Scherze und Galanterien. „Ja, warum nicht?“ antwortete er: „wenn sie ihn mag?“

Wiebke trat zur Tür herein, wie gewohnt.

(Fortsetzung folgt.)

als eine Angelegenheit des Interests. Man sucht die Kosten für eine bezahlte Anzeige zu sparen und wendet sich dann vertrauensvoll und bieder an das „Mädchen für alles“, die Redaktion mit der Bitte, einem kostenlosen Hinweis Aufnahme zu gewähren. Wir bitten alle, die es angeht, den Standpunkt der Zeitung verstehen zu wollen, wenn sie den „lokalen Hinweis“ nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen aufnehmen kann.

Hansa-Theater. Von der großen Ausstattungsgewalt des neuen großen Saals finden nur noch 3 Aufführungen statt, heute Mittwoch, Donnerstag und Freitag. Donnerstag ist der Ehrenabend des so sehr beliebten Schauspielers Emil v. Dellen. Außerdem noch als Gäste: Willi Schweisguth, Minna u. Sollen, Dir. O. Grossi.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Aktion, Parteidelegierte und Betriebsräte der Gruppe II! Donnerstag wichtige Gruppensammlung im Gewerkschaftshaus. Alle Delegierten und D.-R. haben zu erscheinen. (Siehe Inserat). Die D.-R.-Zentrale.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Zum Schutze der Republik. Nachdem bereits für das Stadtgebiet 20 rechtsstaatlich bewusste Organisationen aufgelöst und verboten sind, folgt nunmehr auch das Verbot für das hamburgische Landgebiet. Es sind folgende Vereine und Vereinigungen verboten und aufgelöst: 1. Organisation C, 2. Neudeutscher Bund, Ortsgruppe „Hamburgische Wiking“, 3. Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, 4. Adler und Falken, 5. Völkischer Bund, 6. Bund der Aufrechten, 7. Deutscher Bund, 8. Deutscher Wanderbund völkischer Jugend, 9. Hermannsbund, 10. Jungbismarckbund, 11. Junglehrerbund, 12. Jungnationaler Bund, 13. Jungwandlerjugendverband, 14. Nationalverband Deutscher Offiziere, 15. Verband national gekleideter Soldaten, 16. Wandervogel völkischer Orden, 17. Jungdeutscher Orden, 18. „Der Stahlhelm“ Bund der Frontkämpfer, Ortsgruppe Hamburg, 19. Reichsjugendbund, 20. Niederachseverein. — Hauptsächlich wird nun auch darauf geachtet, daß dieselben Organisationen nicht unter einem anderen, äußerlich harmlosen Namen wieder auferstehen; denn im Hintergrunde ihrer verbotenen Absichten war die Reaktion von jeher groß. — In Altona ist eine Zentralkasse vom Magistrat eingerichtet, um die Durchführung der Verordnung zum Schutze der Republik zu überwachen. Sie untersteht Senator Dr. Poppel (Soz.) unmittelbar. Ihre Leitung ist dem zum Polizeikommissar ernannten sozialdemokratischen Stadtrat Dr. Sadowitz übertragen worden. — Befehlsmacht ist von der Altonaer Polizei auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik die Zeitschrift „Mittel“, die in Graz erscheint.

Kiel. Streik auf den Schleswig-holsteinischen Kleinbahnen. Wegen Schiffsbesetzung ist auf verschiedenen Kleinbahnen der Provinz Schleswig-holstein ein Streik ausgetreten. Durch den Streik werden betroffen die Kleinbahn Heide-Büsum, die Mensaburger Kreisbahn, die Schleswiger Kreisbahn und die Bergedorfer-Grothorper Eisenbahn.

Kiel. Auflösung der Stahlhelm-Organisationen. Auf Grund des Erlasses des Ministers des Inneren vom 8. Juli 1922 hat der Oberpräsident der Provinz Schleswig-holstein die Landesräte um Erlaß in Ausführung des Erlasses des Innenministers die in Schleswig-holstein bestehenden Stahlhelm-Organisationen aufzulösen. — Eine deutsch-nationale Wochenzeitung verboten. Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-holstein hat auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die Wochenzeitung „Nordwest“, herausgegeben von der Deutschen Volkspartei, Landesverband Schleswig-holstein, auf die Dauer von sechs Monaten verboten.

Wien. Die Opfer des Explosionsunglücks bei Zwettl sind Betriebsleiter Gregor A. Karaschewski aus Witzels, Werkmeister Hermann Förster aus Wölln, die Arbeiter Willi Sollen, Hermann Müller, Robert Kozdusa und Eugen Epple, sämtlich aus Wölln, Emil Köhler und August Fußbögel, sämtlich aus Zwettl, sowie Hans Beschor aus Langen. — Die Gemalt der Explosion war so heftig, daß von den meisten Berührungspunkten nur einige Gliedmaßen, die weit umhergeschleudert waren, gefunden wurden. Zwei von den Berührungspunkten sind Familienmitglieder.

Cughaven. Zur Grobener Minenlatastrophe. In Besatz der weichen mit aller Kräfte aufgenommenen Aufbaumarbeiten auf dem Trümmerselbe des Minendepots Grobden sind nun auch die vier Vermiszten sämtlich als Leichen geborgen worden. Es sind nach den bisherigen Ermittlungen rund 150 Häuser beschädigt und allein der im Dorfe Grobden angerichtete Gebäudeschaden ist von zehntausend auf fünfzigtausend auf rund 100 Millionen Mark geschätzt worden.

Bremen. Eisenbahnunfall. In Bremen-Neusiedl fuhr infolge falscher Weichenstellung ein Güterzug in voller Fahrt auf einen anderen. Die Lokomotive des rollenden Zuges und die Wagen erlitten schwere Beschädigungen. Der Lokomotivführer und der Zugführer wurden beide vollkommen zerquetscht und auf der Stelle getötet. Der Materialschaden ist bedeutend.

Reichsverbandstag der Polizeibeamten.

Stuttgart, 14. Juli 1922.

Die vom Landesverband der Polizeibeamten Abbecks zum Reichsverbandstag nach Stuttgart entsandten Vertreter beendeten folgende: Im Stadtgartenalle begannen am Donnerstag die Verhandlungen des 4. Verbandstages der Polizeibeamten Deutschlands, zu denen mit Ausnahme Bayerns aus allen deutschen Gliedstaaten insgesamt 73 Vertreter erschienen sind. In der am Mittwoch vorausgegangenen Sitzung war zum Verhandlungsleiter bestimmt worden der sächsische Regierungskommissar und Landtagsabgeordnete Castan (Dresden), der die öffentliche Ansprache mit einer eindrucksvollen Ansprache einleitete, in der er unter anderem sagte: Die Schicksale, die einen der fähigsten und wertvollsten deutschen Männer niedergeführt haben, tragen in die Gemüter des Volkes und verhärteten die schleichende wirtschaftliche Krise, zu deren Beseitigung alle Kräfte der Beamtenschaft zusammengeführt werden müssen. Vor Störungen zu sichern, und rohe Gewalt hintanzuhalten, dazu ist die Polizei an erster Stelle berufen. Vertragen von den Endzielen, die Volk und Polizei miteinander verbinden, gelte die Tagung nicht in erster Linie der Wahrung persönlicher Belange. Ein Mindestmaß von materiellen Zuwendungen, für die Tüchtigen die Öffnung der Bahn zum Aufstieg und die Vervollkommnung und Höherentwicklung aller polizeilichen Einrichtungen ist aber erforderlich, wenn die Polizei das werden soll, was sie sein will: eine jederzeit verwendungsfähige und zuverlässige Stütze für Reich und Staat und den Schutz der Reichsverfassung.

Den zukünftig ausgenommenen Ausführungen folgte die Begrüßung der in großer Zahl erschienenen Gäste. Die Würdigung der Tätigkeit der Polizei in der Reichsverfassung wurde durch Ministerialrat Scholl und Oberregierungsrat Alabier, die sächsischen Behörden durch Polizeidirektor Dr. Nische, Polizeimeister Seeger und durch die Abgeordneten Dr. Nische, Groß, Köhler und Reiser. Reichsminister Dr. Köhler und sächsische Landesregierungen haben ihre Fernbleiben bzw. die Entsendung eines Vertreters mit dringenden Amtsgeschäften entschuldigt, dagegen hat eine Anzahl Beamtenschaftsvertreter abgelehnt.

Polizeimeister Nische der erste Vorsitzende des 68 000 Mitglieder zählenden Reichsverbandes der Polizeibeamten, wählte in kurzen Zügen die Aufgaben des Verbandstages und das Arbeitsgebiet des Verbandes. In unverhülllicher Treue auf dem Boden der Verfassung stehend, wolle die Polizei eine aufrichtige Beschützerin des Volkes, eine Volkspolizei sein und sich von dem Grundsatze leiten lassen: Mit dem Volke für das Volk. Bei der Zustimmung des Reichstages zum Reichsbeamtengesetz sind die Forderungen der Polizeibeamten hinsichtlich der Schutzpolizei unberücksichtigt geblieben. Der gewerkschaftliche Widerstand in den eigenen Reihen habe der Polizeibeamtenschaft, deren Bestrebungen auch bei den Volkvertretern nicht immer das richtige Verständnis gefunden habe, schwersten Schaden zugefügt.

In die Verhandlung der Vertreter staatlicher und städtischer Behörden und die durchweg wohlwollende Stellungnahme der Parteimitglieder und Verbandvertreter trübte Verhandlungsleiter Castan die Mitteilung, daß die Beamtenschaft des Sächsischen Verbandes zwecks Herstellung einer Einheitsfront der Polizeibeamten zu Einigungsverhandlungen dringend eingeladen worden sei. Nische wurde mit Betonung ausgesprochen, daß die Polizeibeamten auf das Streikrecht verzichten, weil sie es als unvereinbar mit ihrer Aufgabe ansehen. Es wird aber erwartet, daß dieser Verzicht auf Selbsthilfe von den Gesetzgebern durch die Unterstützung berechtigter Forderungen wettgemacht wird. — Zugetraut wurde der Abendtag eines Besprechungstages am 18. Juli in der Reichshauptstadt, in dem unvermeidliche Treue- und tauschweise der Vertretung verhandelt wird.

Gesamtschulungsleiter Graf sprach ausführlich über das neue Beamtenrecht. Er gab eine anschauliche Uebersicht über den Aufbau, die Vor- und Nachteile der neuen Gesetze, wie das Reichsrahmengesetz für die Beamten, das Gesetz zum Schutze der Republik. Das letztere Bismarck für die Beamten nur ein Notbehelf sein. Das Disziplinargericht müsse aus drei Richtern und drei Beamtenschaftsmitgliedern bestehen, die aus dem Beamtenschaftsstand zu wählen seien. Zu dem Gesetz zum Schutze der Republik meinte der Redner, das erste Gesetz nehme die Beamtenschaft an als durchaus nötig, das zweite jedoch nicht abgelehnt werden, die Beamtenschaft brauche es überhaupt nicht. Das lebenslängliche Amtstellungsgesetz müsse als Grundgedanke dem neuen Gesetze voranzugestellt werden. Für die Beamten forderte der Redner in gewissen Fällen die Bewährungsfrist, auch für hohe Beamte. Den verheirateten Beamten müssen ihre Ansprüche in Bargeld ausbezahlt werden. Ein kammes Disziplinarrecht liege auch im Interesse der Beamtenschaft. Es sei nicht ungefährlich, daß das Beamtenschaftsgesetz auch das ärztliche Zeugnis enthalte.

Begleitend des verabschiedeten Reichsrahmengesetzes für die Schutzpolizei nahm der Verbandstag nachstehende Entschließung einstimmig an: „Die auf dem 4. ordentlichen Verbandstage des Reichsverbandes der Polizeibeamten Deutschlands in Stuttgart versammelten Vertreter der gesamten deutschen Polizeibeamtenschaft nehmen mit Bedauern und Entrüstung Kenntnis davon, daß der Reichstag das Reichsrahmengesetz für die Beschaffung der Schutzpolizeibeamten ohne eingehende Beratung angenommen hat. Sie sind der Ansicht, daß diese Art der Behandlung nicht der Wichtigkeit des Gesetzes entspricht und protestieren aufs Schärfste gegen die mit dem Gesetz vollzogene Ausschaltung der genannten Schutzpolizeibeamtenschaft aus dem allgemeinen Beamtenschaftsverhältnis. Ein Vergleich der damit geschaffenen Regelung mit den hohen Anforderungen, die gerade die gegenwärtige Zeit an die Polizeibeamtenschaft stellt, schlägt dem Rechtsempfinden der Beamtenschaft ins Gesicht. Die versammelten Vertreter lehnen jede Sonderstellung der Polizeibeamtenschaft im allgemeinen Beamtenschaft ab und fordern demzufolge die schleunigste Revision des erwähnten Reichsrahmengesetzes im Sinne eines modernen Beamtenschaftsrechtes. Sie sind der festen Ueberzeugung, daß die Erfüllung dieser Forderung nicht nur etwa den billigen Wünschen der Beamtenschaft entspricht, sondern auch im wohlverstandenen Interesse des Staates und des gesamten Volkes liegt.“

Gewerkschaften.

Das Arbeitsnachweisgesetz. Vom Reichsarbeitsministerium wird geschrieben: Der Reichstag hat das Arbeitsnachweisgesetz am 12. Juli 1922 in dritter Lesung mit der Bestimmung angenommen, daß es am 1. Oktober 1922 in Kraft tritt. Die Regierungsvorlage hat erhebliche Änderungen erfahren, doch bleibt es nach den Beschläüssen des Reichstages bei dem Aufbau der Arbeitsnachweisämter (öffentliche Arbeitsnachweise, Landesämter für Arbeitsvermittlung, Reichsamt für Arbeitsvermittlung), der im Gesetzentwurf vorgesehen war und der planmäßig und lückenlos das ganze Reichsgebiet umfaßt. In der Geschäftsführung der Arbeitsnachweisämter werden neben den öffentlichen Körperschaften Arbeitgeber und Arbeitnehmer entscheidend beteiligt sein. Dabei ist besondere Vorsorge getroffen, daß auch in kleineren eine angemessene Vertretung finden. Die Tätigkeit der Arbeitsnachweisämter kann sich auf Berufsberatung und Lehrgestelltenvermittlung erstrecken. Das Fortbestehen und die Neugründung nicht gewerkschaftlicher Arbeitsnachweise ist durch das Gesetz nicht ausgeschlossen, aber künftig von gewissen Voraussetzungen abhängig. Dabei ist insbesondere sicherzustellen worden, daß auch diese Arbeitsnachweise nicht zur Abreglung von Streitigkeiten oder zu entsprechenden Maßnahmen gegen Arbeitgeber mißbraucht werden können. Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung erfolgt grundsätzlich mit dem 1. Januar 1923. Der Reichsarbeitsminister kann in Einzelfällen Ausnahmen hiervon zulassen, andererseits aber auch für einzelne Berufe die gewerkschaftliche Stellenvermittlung bereits vor dem genannten Zeitpunkt unterliegen.

Aus aller Welt.

Zum Tode verurteilt. Das Freiburger Schwurgericht verurteilte nach dreitägiger Verhandlung den Bergarbeiter Max Otto Voigt aus Hilmersdorf wegen Mordes zum Tode. Voigt hatte auch in verschiedenen Orten des sächsischen Erzgebirges schwere Einbrüche verübt.

Bekanntmachung.

Als Folge des auf dem Großhanswert plötzlich ausgebrochenen Streiks und des dadurch veranlaßten Ausfalls der Kohlenlieferungen an die Abnehmer der Gaswerke muß die Gaslieferung sofort eine erhebliche Einschränkung erfahren. Genauso Angaben über die verbleibenden Speerräten lassen sich vorerst nicht machen; doch soll versucht werden, früh von 5 1/2 bis 7 1/2 Uhr, mittags von 11 bis 1 Uhr und abends von 6 bis 11 Uhr Gas zur Verfügung zu stellen.

Die Gasabnehmer werden dringend ersucht, die Abnahmehöhe an Brennern, Kochern und sonstigen Verbrauchsanlagen bei Nichtbenutzung vor allem nach Eintritt und während der Gaslieferung oder sobald geringer Druck in der Leitung beobachtet wird, sorgfältig einzustellen zu halten. Sämtliche brennende Gasbrenner und abzustellen. Die Höhe der Abrechnung dieser Vorrichtung können infolge von Gasentziehungen leicht unglückliche (Gasvergiftungen, Explosionen usw.) eintreten.

Lübeck, 12. Juli 1922. (4553)

Die Betriebsbehörde.

Bekanntmachung.

Die rasche Abwicklung der Wollwarenangelegenheiten darunter, daß Wohnungswechsel nicht ohne rechtzeitige beim Bundesverordnungsamt anzumelden werden.

Alle Wollwaren, die seit der letzten Stoffwarenangelegenheiten im Jahre d. J. ihre Wohnung gewechselt haben, müssen beim Bundesverordnungsamt noch nicht gemeldet haben, werden aufgeführt, bis spätestens bis zum 28. Juli ds. J.

Im Falle der Abwicklung findet eine neue Stoffwarenangelegenheiten beim Bundesverordnungsamt anzufragen. Während der Abwicklung können Wohnungswechsel nicht entgegenzunehmen werden. Der einzige richtige Weg zur Abwicklung ist die rasche Abwicklung der Angelegenheiten, die die rasche Abwicklung folgende Schritte zu ergreifen.

Lübeck, 12. Juli 1922. (4515)

Des Bundesverordnungsamt.

Dreizehnter Nachtrag

zu der Verordnung über das öffentliche Personenverkehrsrecht in Lübeck vom 10. April 1912. (Veröffentlichung am 12. Juli 1922.)

Bei Benutzung von Kraftfahrzeugen darf es auf weiteres bei Fahren in der Stadt und in den Vorstädten das Höchstgeschwindigkeit des in dem dritten Nachtrage vom 12. Januar 1917 zu der oben bezeichneten Verordnung festgesetzten Höchstgeschwindes oder des vom Kraftfahrzeugbesitzer III angezeigten Höchstgeschwindes nicht überschritten werden.

Lübeck, den 12. Juli 1922. (4615)

Das Polizeiamt.

2 tücht. Böttcher

ge sucht. (4619) Schwartauer Holzwerke u. Zuckerraffinerie A.-G., Bad Schwartau.

Hugo Knaak
geb. Hiaz
Vermählte.
Fackenburg, 15. Juli 1922.
Für die vielen Anteilnahme und Geschenke danken herzlich
D. O.

Gesucht zum 20. 7. oder 1. 8. ein sanftes (4555) **Morgenschön** zu erlangen Dame, Norddeutscher 2121, Sonntag, Eigentum 30

Geschäftlerin sucht Stellung in einem Geschäft od. bei einem Fabrikant. A 278 and. Gp. (4525)

Blügestelle
für ein 1/2 Jahr altes Mädchen gesucht. (4525) **Einheitsmagistrat** **Hed Schwartau.**

Ein ganz (4525) **Zugänger** zu verfahren. **Genie.** **Kapitelberg, Kirchweg 2.**

Tab. jugend zu verk. (4521) **Beier, Verwerk, Hauptstr.**

Dr. Joël zurück. (4514)

Ausgeleimtes Saat

kauft zu höchst. **Greifen** (4617) **Demonstrateur** **Hann,** **Schüsselbuden 36 I,** **Ede Solkenstraße.**

Referentenführer.

Von **Eduard David.** **Mk. 10.—** **Buchhandlung** **Fr. Meyer & Co.** **Johannisstraße.**

Der Dorfherrenklub

Mk. 2.— **Buchhandlung** **Fr. Meyer & Co.,** **Johannisstraße 45.**

Steppdecken

auswärtig, Anarbeiten u. Neubeziehen. **System, Breite Str. 31** (4525)



Al-Gilen, alte Maschinen **Que u. Schmiedeeisen,** **Spänes, Schmelz-** **Gussbruch.**

Al-Metalle, Kupfer, Messing, Zink, Blei, Zinn, Späne

L. Lissianski, Lübeck, **Oberstraße 19.** **Arbhandl. Fernspr. 676. Nichtamtlich.** (4008)

Herrn- u. Damenstoffe

edelste Qualität vom einfachsten bis zum elegantesten Genre. **J. Issler, Sandstr. 24** **Spezial-Geschäft.** (4150)

Kinder-Nahrungsmittel.

Milchke, Nestle, **Kindermehl,** **Milchzucker,** **Nährzucker,** **Milchflaschen,** **Gummisauger,** **Bettstoffe.**

Ferd. Kayser.

Magerteit

Schöne volle Körperformen durch unser „Nego“ Kaffeepulver in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pf. Zunahme. Garant. unerschütterlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankbriefe. Preis Karton mit Geb.-Anw. Mk. 80.—, Porto extra.

Alleinige Niederlage: **Adler-Apotheke,** **Lübeck, Ob. Mengstr. 10.** (4611)

Auslandszucker, weiß z 26.- **la. Margarine z 44.-, 56.-** **la. Brotschmalz 50.-, 60.-** **Schmalz, rein weiß z 70.-** **Wilhelm Haas,** **Umbenstr. 55. (4628)** **Koloniale u. Fettwaren**

Zahn-Praxis

W. Ryliewsky **Breite Str. 7,** **Telephon 1253.** **Laboratorium sämtlicher zahntechn. Arbeiten, Anarbeiten schlecht sitzender Gebisse, Reparatur, etc.** **Auswärtige Patienten werden nach Möglichkeit an einem Tage fertige behandelt.** (4612)

... so zu leben, daß auch der Körper gesund bleibt, daß die Nachkommen nicht für die Strafen der Lebenden unzulänglich sind...

Drei Ehen.

Drei Ehepaare hatten einen Ausblick untereinander. In einer Gartenwirtschaft begannen die Männer zu sitzen. Die Frauen saßen vor, ein Stück allein weiterzugehen. Sie wussten auf die Männer im Wohnzimmer des nächsten Dorfes warten.

Der Universal-Witz.

Die Hochherde selbst gibt in rührender Selbstlosigkeit Worte zur Abgabe der hohen Sportpreise und empfindlich zu diesem Zweck die Anwendung von Worten, die als Druckstücke verstanden werden können.

Die (t) Brautjungfer!

Sehr geehrte Herr! Ich bin die Brautjungfer! ... Sie werden mich nicht als Brautjungfer betrachten, sondern als eine Person, die Sie nicht kennen.

So wird es kommen, so kommt es gewiß: Es naht die Nacht und die Finsternis. Wir sehen beide am Scheidewege.

Wie will ich noch sagen und kann es nicht. Ich freies nur immer dein liebes Gesicht. Von meinem Stachel löst du die Hände.

Dann küßt du mich zum letztenmal. Und schreiest zurück in dein Heimatstahl. Ich sehe, wie sich die Schwärze breiten.

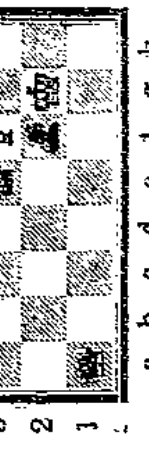
Süßer Schwermut.

Das Schachspiel hat, so unbegreiflich dem Laien und dem nicht tiefer in die Kunst Eingebungenen dies erdichten mag, ganz ebenso wie die Sprache, die Literatur ihre Hohe und ihre Größe.

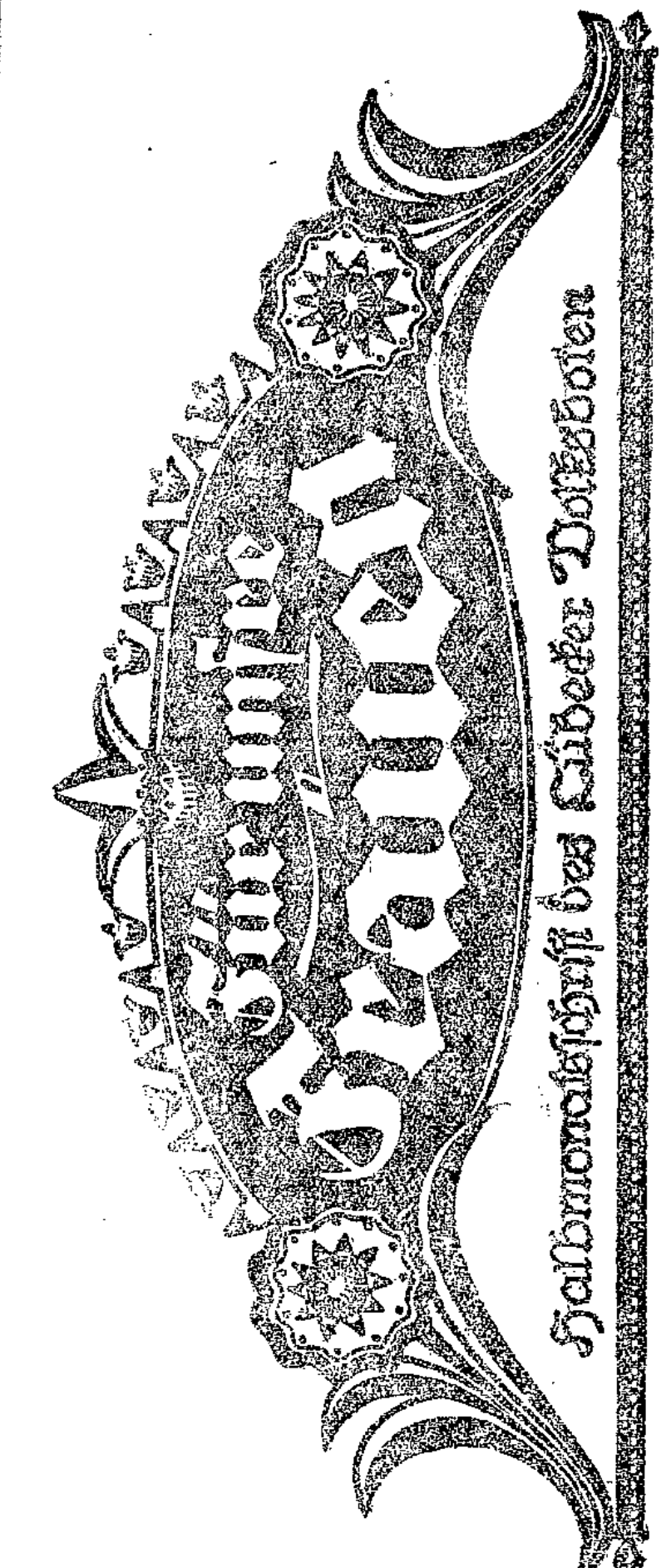
Die Mädchen singt.

Ich seh auf hohen Balken am Baum, Umgeben vom schreienden Stare, Und laß gleich einer Mänade den Sturm.

Die Geliebten sind geschwimmene schluchzende Figuren, von Mächten der Gefahr umwittert. Sie verstanden manchmal nur kommen Stunden, da stehen sie in voller Rührung ihrer freudigen Augen.



Es ergibt sich, wenn wir sie küssen, daß unser Herz erschrickt. Wir spüren plötzlich, daß sie am Ende einer langen Kette von Wesen stehen, die uns alle zusammen den Mund der geliebten Frau darbieten.



Nummer 13 Mittwoch, 19. Juli. Jahrgang 1922

Weltfreunde, die unersörte Kammernde Luft des Seins und die schrankenlose Bejahung. Ihr, Geliebte, seid es, die den Mann beschenken mit der wilderen Güte des Westwindes, jedoch er weiß: Ich, Erdenlohn, wolle mich auf zum Geist und finde doch stets meine Augen mit Wäldern gefüllt und den Mund, der schwere Fragen tun will mit Klüften verschlossen.

Die Mädchen singt.

Ich möchte dich kräftig umschlingen und Sehne an Sehne, zwei Schritte vom Raab um. Tod und Leben dann ringen? Annette v. Dostoff-Hilfskoff.

Die Geliebten sind geschwimmene schluchzende Figuren, von Mächten der Gefahr umwittert. Sie verstanden manchmal nur kommen Stunden, da stehen sie in voller Rührung ihrer freudigen Augen.

